

Positionspapier des LandesElternRat Sachsen (LER)

Inhalt

	Positionspapier des LandesElternRat Sachsen (LER)	1
5	Präambel:	2
	Positionen:.....	3
	1. Gerechtigkeit im Lernen	3
	1.1. Die Langfristige Bewältigung des Lehrermangels	3
	1.2. Die kurzfristige Entlastung der Lehrer und Lehrerinnen vor Ort.....	4
10	2. Gerechtigkeit in Stadt und Land	5
	2.1. Besondere Herausforderung der Großstädte	5
	2.2. Besondere Herausforderungen im ländlichen Raum	6
	3. Gerechtigkeit unter den Schulformen	6
	3.1. Unsere Ziele für alle Schulformen.....	7
15	3.2. Unsere Ziele im Grundschulbereich.....	8
	3.3. Unsere Ziele im Oberschulbereich / Oberschule+	9
	3.4. Unsere Ziele im Gymnasialbereich.....	9
	3.5. Unsere Ziele im Gemeinschaftsschulbereich	10
	3.6. Unsere Ziele im Förderschulbereich	10
20	3.7. Unsere Ziele im Berufsschulbereich.....	11
	3.8. Unsere Ziele für Schulen in freier Trägerschaft (SifT)	11
	4. Zukunft der Bildungsgerechtigkeit	12
	4.1. So gelingt ein gerechtes Bildungswesen	12
	4.2. Wege zu einem besseren Unterricht	13
25	4.3. So gelingt ein gerechte Schulorganisation	13
	5. Anhang:	15

Präambel:

- 30 Das vorliegende Dokument soll der Grundstein für eine lebhaft und zielführende Diskussion innerhalb des LandesElternRates (LER) Sachsen auf dem Weg hin zu einer thematischen und inhaltlichen Basis für die Arbeit in den kommenden Jahren sein. Im pluralen Diskurs streben wir eine Schärfung unserer Forderungen sowie eine gemeinsame Konsensbildung an, um eine von allen Kreisen getragene Position zu erreichen.
- 35 Ein Dokument, wie das Vorliegende ist natürlich nicht in Stein gemeißelt und kann nur als Ausgangspunkt dienen für eine regelmäßige kritische Revision. Die Schwerpunkte als auch die Forderungen und Thesen sollen und müssen auch in Zukunft diskutiert, hinterfragt und angepasst werden. Die vorliegende Sammlung stellt somit einen Schnappschuss des aktuellen Geschehens in den bildungspolitischen Diskursen innerhalb der Kreise des LER dar.
- 40 Die Erstellung des Positionspapieres des LER Sachsen fußt auf der Initiative der KreisElternRäte (KER) Dresden, Görlitz und Chemnitz zur Vollversammlung des LER am 14.01.2023. Der gemeinsame Antrag der drei Kreise strebt die Erarbeitung eines Forderungskataloges des LER in Vorbereitung auf die Landtagswahlen in Sachsen im Jahr 2024 in zentralen bildungspolitischen Schwerpunkten an. Der Antrag wurde von den anwesenden Mitgliedern des LER angenommen.
- 45 Die gemeinsame Klammer um alle Themen ist die Forderung nach mehr Bildungsgerechtigkeit. Im Anschluss an die Vollversammlung wurde angestrebt unter Beteiligung aller Eltern in Sachsen Thesen zu sammeln und durch ein zu bildendes Gremium redaktionell aufzubereiten. Der Antrag sieht vor, die Thesen anschließend in einer thematischen Vollversammlung des LER zur Diskussion und Abstimmung zu stellen.
- 50 Das vorliegende Dokument stellt die von dem Beratungsgremium zusammengefassten und komprimierten Thesen und Forderungen der letzten 5 Monate dar. Die Schwerpunkte sind im Einzelnen:
1. Gerechtigkeit im Lernen
 2. Gerechtigkeit in Stadt und Land
 - 55 3. Gerechtigkeit unter den Schulformen
 4. Zukunft der Bildungsgerechtigkeit
- 60 Jede eingesendete These bzw. Forderung sollte aus einer Kernforderung sowie einer kurzen Begründung bestehen. Zum Zwecke der Lesbarkeit des Dokumentes wird im Folgenden zu jedem Schwerpunkt eine kurze Einleitung vorangestellt sowie die Forderungen aufgelistet. Die Gesamtheit der Thesen der Eltern aus Sachsen mit den jeweiligen Begründungen ist als Anhang beigefügt.

Positionen:

1. Gerechtigkeit im Lernen

Die Forderung nach einer gerechten Bildung muss sich zunächst der Frage stellen, was überhaupt unter dem Begriff „gerecht“ gefasst wird. Klassisch unterscheidet man verschiedenste Ansätze von „Verteilungs-“ über „Leistungs-“, „Anerkennung-“ oder „Chancengerechtigkeit“, um nur einige zu nennen.

Im Folgenden wird der Begriff „Gerechtigkeit“ im Sinne einer Chancengerechtigkeit für alle Schülerinnen und Schüler (SuS) unabhängig von Ihrer sozialen, lokalen oder nationalen Herkunft angewendet. Dies bedeutet im Wesentlichen, dass der gesellschaftliche Anspruch ist, den gegebenen Unterschieden zwischen Regionen (Stadt-Land), sozialen Schichten, Bezirken in einer Stadt oder auch den Unterschieden von Kind zu Kind Rechnung zu tragen, diese zu berücksichtigen und bestmöglich auszugleichen, um allen Kindern eine faire und reale Chance zum Erlernen der notwendigen Fähigkeiten für ein selbstbestimmtes, menschenwürdiges und gutes Leben zu gewähren, wie dies Amartya Sen in seinem Werk „Eine Idee der Gerechtigkeit“ entwickelt.

Der Lehrermangel ist zum Erreichen dieses Anspruches eines der, wenn nicht sogar das zentrale Problem unserer Dekade. Permanenter personeller Mangel untergräbt pädagogische Arbeit, belastet die vorhandenen Lehrerinnen und Lehrer über Gebühr, nimmt jeden Spielraum für neue pädagogische Konzepte und überfordert Kinder, Lehrkräfte und Eltern. In einem Mangelsystem fehlen Spielräume für Förder- oder Forderung sowie Ressourcen für gelingende Unterstützung und Chancengerechtigkeit.

1.1. Die Langfristige Bewältigung des Lehrermangels

Ein Zuviel an Lehrkräften kann es in Sachsen aktuell nicht geben und wenn ab 2029, wie prognostiziert, die Kinderzahlen wirklich sinken sollten, dann schaffen mehr Lehrerinnen und Lehrer Freiräume für eine Reduzierung der Klassengrößen, für angemessene Vertretungsmöglichkeiten, eine umfangreiche Förderung von Kindern mit Bedarf und ebenso Forderung von Begabten, ein Mehr an Inklusionsstunden für bedürftige Kinder und einfach eine Chance für pädagogischen Spielraum!

Wir fordern:

- a. **Eine kontinuierliche Aufstockung der LehrerInnen an allen Schulformen in den nächsten mind. 5 Jahren**
- b. **Eine koordinierte Anstrengung aller relevanten Ministerien bei der Neuanstellung und Ausbildung von Lehrkräften**
- c. **Eine wissenschaftliche Evaluierung und ein Überarbeiten von Anforderungen an die LehrerInnenausbildung**
- d. **Eine praxisnähere Ausbildung, die den Anteil pädagogischer Studieninhalte gegenüber fachlichen Studieninhalten deutlich erhöht**
- e. **Die Integrierung von inklusiven und integrativen Ausbildungsinhalten mit Basiselementen der FörderlehrerInnenausbildung**
- f. **Eine auf den LehrerInnenberuf abgestimmte Aufnahmeprüfung in allen Fächern, die auch pädagogische Fähigkeiten und Soft Skills abrufen soll, da ein pauschaler Numerus Clausus die Anzahl der möglichen interessierten Abiturienten limitiert**
- g. **Eine leichtere und bessere Anerkennung von Vorleistungen und ausländischen Abschlüssen**
- h. **Ein Angleichen der Ausbildung mit dem Ziel des längeren gemeinsamen Lernens und des Ausbaus der Gemeinschaftsschule, insbesondere für GS-LehrerInnen**

- 105 i. Ein Anreizsystem für besonders benötigte Profile sowie die Zulassung von Einfachausbildungen, insbesondere in Fächern mit enormen Bedarfen wie Physik, Mathematik und andere Naturwissenschaften
- j. Die Prüfung von neuen Wegen wie z.B. einer Dualen Ausbildung
- k. Die Anstellung aller Lehrkräfte, die in Sachsen bleiben wollen, egal wo!

110 1.2. Die kurzfristige Entlastung der Lehrer und Lehrerinnen vor Ort

In den vergangenen Jahren sind die Aufgaben von Lehrkräften deutlich vielfältiger geworden. Vom Sozialarbeiter über den TechniksUPPORT hin zur Zusatzputzkraft auf Grund fehlender Ressourcen. Hier braucht das System Schule eine Veränderung und Öffnung. Studien sprechen von bis zu einem Drittel lehrfremder Tätigkeiten durch Lehrerinnen und Lehrer. Würde diese Zeit auf die Bildung der Kinder ausgerichtet werden, wäre der Lehrermangel deutlich abgemildert. Dazu braucht es aber neue Berufsbilder im Schulalltag bzw. die schnellstmögliche Ausweitung bestehender Unterstützungssysteme sowie die Öffnung des Systems Schule für andere Berufs- und Lerngruppen

Wir fordern:

- 120 a. Die Aufstellung multiprofessioneller Teams in Schule durch die Einstellung von Schulassistenten, IT-Fachkräften und Sozialarbeitern, damit Lehrer sich wieder mehr um die Bildung der Kinder kümmern können. Dies umfasst ebenso Psychologen und medizinisches (Hilfs)personal wie z.B. Schulkrankenschwestern, die entweder fest an Schulen oder als Poollösung für die Schulen bereitstehen
- 125 b. Mehr Referendar- und FSJ-Stellen, mehr Mentoringprogramme für Berufseinsteiger
- c. Eine ergänzende Schulleitung (wie in freien Schulen oftmals praktiziert), die zusätzlich zur pädagogisch Verantwortlichen Schulleitung für Verwaltung, Ausstattung, Material und Ressourcen verantwortlich ist (diese kann auch als Stelle für mehrere Schulen vorgesehen werden)
- 130 d. Schulassistenten in allen Schulen
- e. Professioneller, schnell verfügbarer und individualisierter TechniksUPPORT im Zuge der zunehmenden Digitalisierung
- f. Reinigungskräfte, die tagsüber unterstützend in Schulen wirken, insbesondere in Schulen mit Ganztagsangebot
- 135 g. Personal z.B. zur Wege- oder Schwimmbegleitung (z.B. finanziert aus Mitteln des kommunalen Länderausgleichs)
- h. Mehr außerschulische Lernorte, die den herkömmlichen Unterricht ergänzen können
- i. Die Voraussetzungen zu schaffen, um mehr Menschen aus anderen Gesellschaftsbereichen in den Schulalltag zu integrieren und die Öffnung der Schule für andere Berufsgruppen, Unternehmen, Fachleute in z.B. technischen Berufen, Musikpädagogen, Sporttrainer und Künstler
- 140 j. Einstellung von Integrationsassistenten zur Förderung der Integration von Kindern (mehrsprachig, Kenntnisse verschiedener Kulturkreise)
- k. Weiterführen von „Aufholen nach Corona“ mind. bis 2026
- 145 l. Soweit möglich an weiterführenden Schulen vermehrt Lerninhalte digital und multimedial standardisiert und evaluiert zu präsentieren, so dass bei Unterrichtsausfall Selbstlerninhalte bereitstehen.
- m. Erleichterung der eigentlichen Lehrtätigkeit durch z.B. Bürokratieabbau
- 150 n. Neu beginnenden LehrerInnen oder LehrerInnen mit noch hinreichenden Arbeitsjahren (z.B. mind. 15 Jahre) die Möglichkeit zu eröffnen Lebensarbeitszeitkonten bereitzustellen, mit denen freiwillig 2-3 zusätzliche Wochenstunden unterrichtet werden können, um z.B. später ein Sabbatjahr zu ermöglichen

2. Gerechtigkeit in Stadt und Land

Die Sicherstellung einer Bildungsgerechtigkeit zwischen den Regionen in unserem Bundesland ist eine Kernaufgabe von Politik. Auf der einen Seite ziehen attraktiv erscheinende Metropolregionen
155 Arbeitsplätze, Fachkräfte und jung Leute an, nicht zuletzt da hier die Ausbildung zu z.B. Lehrkräften stattfindet, während auf der anderen Seite ganze Regionen drohen in eine Abwärtsspirale von Abwanderung und Attraktivitätsverlust zu geraten (siehe z.B. A. Reckwitz „Das Ende der Illusionen, Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmodern“ 2019). Gerade hier ist die Sicherstellung einer intakten und gerechten Bildungsinfrastruktur unerlässlich.

160 Unterschiede in den Herausforderungen der Bildungspolitik bedingen eine differenzierte Sicht und eine Multiplizität an Lösungsansätzen. Eine „One-fits-all“ Lösung kann es nicht geben. Während im ländlichen Raum der massive Lehrermangel, lange Anfahrtswege, sinkende Schüler und Schülerinnenanzahlen sowie schließende Schulen den Diskurs bestimmten, sind in Städten zwar ebenso
165 Lehrer knapp aber hinzu kommen hier eher überfüllte Schulklassen, soziale Brennpunkte und hoher DaZ-Anteil vor allem in Grund- und Oberschulen.

Eine in unserem Sinne gerechte Bildungspolitik muss sich dem stellen und gute, differenzierte Konzepte erstellen, die gezielt die Herausforderungen in den jeweiligen Regionen adressieren.

2.1. Besondere Herausforderung der Großstädte

In den Ballungszentren finden wir insbesondere in Grund- und Oberschule in nahezu jeder Klasse ein
170 Kind mit einem Förderbedarf entweder im sozial-emotionalen Bereich oder im Bereich der Lern- oder Sprachförderung. Diese Bedarfe steigen kontinuierlich. In einigen Stadtbezirken haben ca. 30% der Kinder Auffälligkeiten im sprachlichen Bereich. Eine Berücksichtigung bei z.B. der Klassenbildung und die Gewährung und Umsetzung hinreichender Inklusionsstunden sind für die Bildungsgerechtigkeit im städtischen Bereich ebenso essentiell wie ein geeigneter Umgang mit einem hohem Migrationsanteil
175 und/oder sozialen Herausforderungen in herausgeforderten Stadtteilen.

Wir fordern:

- a. Sicherzustellen, dass mittelfristig keine Schule einen zu hohen Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund hat (z.B. maximal 30%), um Kindern mit und ohne Migrationshintergrund ein gutes Lernen zu ermöglichen. Dazu benötigen wir Instrumente wie dezentrale DaZ-Klassen oder auch Neuzuschnitte der Schulbezirke bzw. der Schülerzuweisung
- b. Die Absenkung des Klassenteilers für die 1ste und 5te Klasse von 28 auf 25 für alle Schulen
- c. Die Anhebung der Indexierung diagnostizierter Förderbedarfe zur Klassenbildungsverordnung
- d. Den Ausbau der Inklusionsstunden und die bedarfsgebundene Einsetzung
- e. Den Ausbau von insbesondere logopädischer Förderung bereits im KiTa Alter aus Mitteln des Sozialministeriums
- f. Deutlich stärkere Anstrengungen zur Ausstattung der Schulen mit DaZ-LehrerInnen und eine bessere Begleitung und Unterstützung von Kindern mit Migrationshintergrund
- g. Mittel und Maßnahmen, damit Kinder an Schulen die von ihnen erlebte Geschlechtsidentität ausleben können.
- h. Nicht nur bei I-Kindern sondern auch bei sonstigem sozialpädagogischem Bedarf den Klassenteiler zu verkleinern.

2.2. Besondere Herausforderungen im ländlichen Raum

195 Die Attraktivität des ländlichen Raumes muss erhöht werden. Es darf sich das Bild von fehlender
Infrastruktur, den notwendig höheren Mobilitätsbedarfen bei gleichzeitig sinkendem öffentlichem
Angebot, Mangel an Arbeitsplätzen und Perspektiven nicht verfestigen. Umso wichtiger sind ortsnahe
Bildungsangebote als Kerninfrastruktur im ländlichen Raum. Somit kann Lebenszeit nicht im Schulbus,
200 im ländlichen Raum kann mit modernen Schulkonzepten ein Attraktivitätskern für eine Region sein.

Wir fordern:

- 205 a. **Eine Ausweitung der Ausbildungsorte für das Lehramtsstudium im ländlichen Raum und in
kleinere Städte Sachsens damit die Ausbildung sich den Lebensrealitäten in Sachsen stellen
und langfristig den Bedürfnissen der Schulen im Freistaat Sachsen angepasst werden kann**
- b. **Attraktive Angebote für Referendare, FSJler und Neueinsteiger im ländlichen Raum zu
schaffen wie z.B. Doppeltes Gehalt für Referendare**
- c. **Finanzierung und Mentoring für Modellschulen im ländlichen Raum mit evaluierten,
modernen und zukunftsorientierten Konzepten**
- d. **Förderangebote bereits im Studium für den ländlichen Raum (analog Landarztmodelle)**
- 210 e. **Unterstützungs- und Lockangebote für Lehrerinnen und Lehrer wie z.B. zinslose Darlehen
der Landesbank, Willkommengeld, Elektrodienswagen**
- f. **Die Beachtung sprachlicher Besonderheiten und Partnerschaften mit Regionen in den
Nachbarländern zur Wahrung und Schaffung kultureller Verbindungen durch Förderung der
sorbischen Sprache, des Tschechischen und des Polnischen in den jeweiligen Regionen**

215

3. Gerechtigkeit unter den Schulformen

Anhand der Gerechtigkeitsüberlegung unter den Schulformen wird die Schwierigkeit der Betrachtung
greifbar. Jede Schulform kann für sich eine der möglichen klassischen Gerechtigkeitsperspektiven in
220 Anspruch nehmen. Während die Gymnasien unter dem Aspekt der Leistungsgerechtigkeit für eine
Vorrangstellung argumentieren könnten, würden Oberschulen eher unter dem Stichwort
Anerkennungsgerechtigkeit eine Anerkennung der individuellen Fähigkeiten jedes einzelnen Schülers
einfordern. Für Schulen in freier Trägerschaft wäre mit einer Verteilungsgerechtigkeit im Sinne "allen
Schulen die gleichen Ressourcen" bereits ein Fortschritt zum Status Quo in einigen Bereichen erreicht.
225 Erschwert wird die Betrachtung dann zusätzlich durch eine Heterogenität der Schulen bereits in den
einzelnen Schulformen untereinander.

Argumentiert man im hier definierten Sinne mit einer Chancengerechtigkeit, wird wiederum die
Notwendigkeit einer schulform- oder gar schulspezifischen Betrachtung offensichtlich. Während
beispielsweise im Vergleich in Gymnasien die Ausstattung an materiellen und personellen Ressourcen
230 eher besser als in allen anderen Schulformen ist, sind z.B. psychosoziale Herausforderungen wie
Leistungsdruck und Schulangst lange Zeit kaum berücksichtigt wurden. Im Gegensatz dazu haben z.B.
Oberschulen in der Regel einen Schulsozialarbeiter, sind aber in Hinblick auf insbesondere ihre
personelle Ausstattung aktuell eher benachteiligt und dies, obwohl die Schülerinnen und Schüler
gegebenenfalls einen höheren Unterstützungsbedarf haben, also eine Besserstellung aus dem
235 Blickwinkel der Chancengerechtigkeit gefordert wäre. Nochmal massiver wird diese Schieflage, wenn
man z.B. Grund- oder Oberschulen in sozialen Brennpunkten betrachtet, wo eine massive Förderung
und Unterstützung unerlässlich ist für ein Einlösen einer Chancengerechtigkeit.

3.1. Unsere Ziele für alle Schulformen

240 Neben Gerechtigkeitsfrage zwischen den Schulformen im Sinne einer „Gleichstellung“ oder
„Chancengerechtigkeit“ bedarf es eines ergänzenden Diskurses ganz im Sinne „Es kommt darauf an,
ob Kinder eine gute Schulbildung bekommen und nicht, wie die Schulbildung im Vergleich zu anderen
ist“ um einen Satz des Philosophen Harry Frankfurt zu paraphrasieren (H. Frankfurt, „Gleichheit und
Achtung“; Im Original lautet der Satz: „Es kommt darauf an, ob Menschen ein gutes Leben führen
können, und nicht, wie deren Leben zu dem Leben anderer steht.“). Daraus folgt, dass es Ansprüche
245 an alle Schulformen in gleichem Maße gibt.

Wir fordern:

- 250 a. **Eine Erhöhung der Bildungsausgaben kumuliert aus Bund, Land und Kommune > 5% des BIP und ein sofortiges Sondervermögen für Bildung in Höhe von z.B. 100 Mrd. Euro kontinuierlich ausgezahlt über z.B. 10 Jahre, um Planungssicherheit und Perspektive zu geben**
- b. **Ein kostenfreies oder mindestens subventioniertes Mittagessen für alle Schülerinnen und Schüler um eine gesunde, nährstoffreiche und nachhaltige Mahlzeit am Tag für alle Kinder unabhängig vom sozialen Hintergrund zu gewährleisten.**
- 255 c. **Förderung von Alternativen wie „Selberkochen“ an Schule und ein kritisches Hinterfragen der Gewinnorientierung von Essensanbietern sowie eine bessere Sicherung von Qualitätsansprüchen an das Essen. Gegebenenfalls können hier kommunale Eigenbetriebe unabhängiger vom Preis- und Gewinndruck anders agieren**
- 260 d. **Eine bessere personelle und materielle Unterstützung von Inklusion, eine Weiterbildungsoffensive für Lehrkräfte und das zweckgebundene Nutzen der Inklusionsstunden**
- e. **Mindestens eine Lehrkraft mit förderpädagogischer Ausbildung in jeder Schule als Multiplikator, Vermittler und Unterstützer für alle LehrerInnen mit Freistunden für Weiterbildung und Mentoring oder mindestens Poollösungen von Lehrkräften mit förderpädagogischer Ausbildung.**
- 265 f. **Schulsozialarbeit an ALLEN Schulformen ins Schulgesetz sowie den kontinuierlichen und planungssicheren Ausbau der Sozialarbeiterstellen bis das Ziel erreicht ist mit Mitteln des Landes**
- g. **Eine Weiterbildungsinitiative für alle Lehrerinnen und Lehrer zur Stärkung von Kompetenzen wie Mobbing-, Gewaltprävention und gewaltfreier Kommunikation**
- 270 h. **Eine Stärkung und Unterstützung von Schüler- und Elternbeteiligung an Schule, Mitbestimmung, Feedbackkultur und den Ausbau demokratischer Lehr- und Lernformen**
- i. **Den verpflichtenden Einsatz von objektiven, wissenschaftlich begleiteten Kontroll- und Evaluationstools um die Umsetzung und den Erfolg der vom Ministerium angewiesenen Maßnahmen vor Ort zu bewerten und eine schnelle, zielgerichtete Verbesserung oder Korrektur von Fehlentwicklungen direkt in den Schulen vom zuständigen LASUB einschätzen und bewerten zu können.**
- 275 j. **Eine Initiative zur Stärkung der psychischen Gesundheit von Schülerinnen und Schülern sowie LehrerInnen und proaktive Angebote an allen Schulen für Lehrkräfte sowie niederschwellig Angebote zur Erhaltung der psychischen Gesundheit und wenn notwendig Diagnostikangebote**
- 280 k. **Einen runden Tisch zur perspektivischen Erarbeitung von neuen pädagogischen Konzepten insbesondere unter Einbeziehung der SuS-Vertreter zur Einbringung zeitgemäßer Lernformen, dem Hinterfragen des Noten- und Leistungssystems und der Weiterentwicklung von Bildung**
- 285 l. **Eine obligatorische, flächendeckende Qualitätssicherung von Unterricht durch den Einsatz positiv orientierter und wertschätzender Evaluationsinstrumente sowie die Einbindung**

bereits entwickelter Evaluationswerkzeuge und Unterstützung bei der Umsetzung in den Klassen.

290 **m. Eine bessere personelle und materielle Unterstützung von Inklusion an allen Schulformen und ein Erhalt der Förderschulen bei den gegenwärtig schlechten Inklusionsbedingungen**

Die Anweisung zum Förderschulbesuch ist seit 2019 nicht mehr gegeben, dennoch sind Förderschulen voll und können den Bedarf nicht decken. Aktuell werden Inklusionsstunden oftmals nicht für Förderung der bedürftigen Kinder, sondern für Abdeckung von Regelunterricht genutzt. Dies diskriminiert die Bedürftigen und untergräbt die Akzeptanz der Inklusion. LehrerInnen in Regelschulen sind oftmals überfordert. Es fehlt an Weiterbildungen, Unterstützung und Kenntnissen. Die Anzahl an Inklusionskindern steigt von Jahr zu Jahr insbesondere in Grund- und Oberschulen. An Oberschule beobachten wir Lernunlust und vermehrt Schulabbrüche. Die Kinder mit Förderbedarf werden als lernunwillig und verhaltensauffällig stigmatisiert. Die Inklusion als gute und positive Initiative ist durch verstetigten Mangel, strukturelle Unzulänglichkeiten und Fehler zum Scheitern verurteilt, verliert jeden Rückhalt bei Eltern und wird dem eigenen Anspruch in keiner Weise gerecht.

Wir fordern deshalb:

- a. **Den Erhalt und die Stärkung der Förderschulen so lange Inklusion ist wie sie ist**
- b. **verpflichtende Fort- und Weiterbildungen für LehrerInnen im Bereich Inklusion**
- 305 c. **Bessere Integration inklusiver Themen in die Lehrerausbildung; Jede Lehrkraft sollte wissen, wie ein Förderantrag gestellt wird, wie man über ein Fördergutachten zu einem Förderplan kommt und welche pädagogischen Werkzeuge ausprobiert werden können**
- d. **An jeder Schule mindestens ein ausgebildeter Förderschullehrer als Multiplikator, Unterstützer und Befähiger**

3.2. Unsere Ziele im Grundschulbereich

310 Folgt man dem Bildungsforscher Aladin El-Mafaalani ist die Grundschule die wichtigste und unterstützungsbedürftigste Schulform. Hier sollten ausgezeichnete Lehrkräfte mit ausreichenden Ressourcen die Grundlage für alle weiteren Schulformen legen können. Jede hier investierte Kraft, zahlt sich im weiteren Bildungsweg aus und reduziert die dort anfallenden Aufwendungen an Unterstützungs- und Korrekturmaßnahmen. Die Grundschule spielt deshalb auf für die

315 Chancengerechtigkeit in der Bildungspolitik eine ganz zentrale Rolle, in dem sie alle Kinder abholt, wo sie sind und im Idealfall fördert, fordert und unterstützt, wo sie es brauchen.

Wir fordern:

- a. **Eine ausgezeichnete personelle und materielle Ausstattung sowie eine stärkere und angemessene Förderung der Primärbildung als wichtige Grundsteinlegung in der**
- 320 **Kindsentwicklung**
- b. **Zielgenaue und umfangreiche Förderprogramme im Grundschulbereich zum Ausgleich von sozialen und strukturellen Bildungsunterschieden wie z.B. den Ausbau von insbesondere logopädischer Förderung bereits im KiTa Alter aus Mitteln des Sozialministeriums**
- c. **Den Ausbau der Inklusionsstunden und die bedarfsgebundene Einsetzung**
- 325 d. **Wir fordern eine höhere Stundenzahl für Grundlagenfächer Deutsch und Mathematik zur Stärkung der Grundkompetenzen wie Lese- und Rechenfähigkeit. Die Schreibschrift soll bereits ab Klassenstufe 1 gelehrt werden.**
- e. **Die Möglichkeit GTA-Angebote besser zu honorieren, um Stütz-, Förder- und Nachhilfeangebote flächendeckend zu ermöglichen**
- 330 f. **Die Absenkung des Klassenteilers für die 1ste Klasse von 28 auf 25 sowie die Anhebung der Indexierung diagnostizierter Förderbedarfe zur Klassenbildungsverordnung**

3.3. Unsere Ziele im Oberschulbereich / Oberschule+

Die Oberschulen in Sachsen stehen vor enormen Herausforderungen. Zunehmende soziale Verwerfungen, das Entstehen von sozialen Brennpunkten, die ideelle Abwertung der Oberschule im mehrgliedrigen Schulsystem und die Herausforderungen der Migration wirken sich überproportional stark an Oberschulen aus. COVID-19 hat zu einem zusätzlichen Aufklappen der Schere in der Bildung geführt. Kinder aus Haushalten mit geringerer Bildungsunterstützung, mit Schwierigkeiten in der Schule bzw. mit Förderbedarf haben deutlich stärker unter der Pandemie gelitten als Kinder in wohlhabenden Haushalten. Deutschland ist eines der Länder weltweit, welches am wenigsten in der Lage ist die Verbindung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg abzumildern. Die Aufgabe einer jeden Regierung muss es im Sinne einer chancengerechten Bildungspolitik sein, die Schwächeren zu stärken, betroffene Schulen außerordentlich zu fördern und alles zu unternehmen, um hier die Ressource dieser Kinder nicht zu verlieren und eine Wertschätzung aller Schülerinnen und Schüler zu erreichen.

Wir fordern:

- 345 a. **Eine Initiative zur Stärkung der Oberschulen sowie eine materielle und personelle Aufstockung von Oberschulen**
- b. **Den Ausbau praxisorientierter Unterrichtsformen wie „praktisches Lernen“, eine Öffnung der Praktikumsregelungen hinsichtlich Anzahl, Dauer und Verbindlichkeit für alle Schüler in jedem Bildungsgang und individuelle Gestaltungsmöglichkeiten**
- 350 c. **Die Zielstellung „Jedes Kind ein Abschluss“ konsequent anzugehen, die Stärkung von Projekten zur Reduzierung von Schulabbrechern, die pädagogische Förderung in Kleingruppe und eine individuelle Förderung der SuS auch an den Oberschulen**
- d. **Eine Förderung und Übertragung evaluierter und funktionierender Modellschulkonzepte**
- e. **Mehr Durchlässigkeit in allen Klassenstufen und mehr Maßnahmen damit lernstarke Oberschüler an Gymnasien wechseln können**
- 355 f. **Studienperspektiven als fester Bestandteil der Berufsorientierung ab Klasse 8**
- g. **Absenkung des Klassenteilers in Klasse 5 von 28 auf 25 und stärkere Berücksichtigung von Inklusionskindern und anderem sozialpädagogischen Bedarf bei der Festlegung des Klassenteilers**

360 3.4. Unsere Ziele im Gymnasialbereich

Die Ergebnisse der Abiturientinnen und Abiturienten aus Sachsen sind seit Jahren im bundesdeutschen Ländervergleich unter den Besten zu finden. Dies ist sicherlich ein positives Zeichen für die Qualität der Lehrkräfte in unseren Gymnasien, unterstreicht aber auch was bildungspolitisch Priorität besitzt und eben auch möglich ist. Es sollte im Sinne der Chancengerechtigkeit der Anspruch sein, dass gute Ausbildungsniveau im Gymnasium zu halten, andere Schulformen vergleichbar zu fördern und gerade wegen der Erfolge den Blick zu weiten auf die Probleme und Herausforderungen auch in der Schulform Gymnasium. Der Schwerpunkt liegt hier neben dem allgegenwärtigen Personalmangel und damit verbundenen Ausfallstunden vielleicht verstärkt auf psychosozialen Belastungen, Schulstress, Druck und Versagensängsten der SuS. Gerade die Auswirkungen eines meritokratischen Leistungssystem werden diskutiert (siehe M. J. Sandel „Vom Ende des Gemeinwohls“) und Rufe nach anderen, zeitgemäßen Lehr- und Lernformen kommen verstärkt auf. Vieles, was im gymnasialen Kontext diskutiert wird, findet sich unter dem letzten Schwerpunkt „Zukunft der Bildungsgerechtigkeit“ und wird hier nicht extra benannt.

Wir fordern:

- 375 a. **Schulsozialarbeit auch am Gymnasium**

- b. Initiativen zur Stärkung der psychischen Gesundheit von Schülerinnen und Schülern durch niederschwellige psychologische Angebote, Prävention und Sensibilisierung
- c. "Pupil-welfare-Teams" an Schulen zur Früherkennung und Diagnose psychischer Probleme
- d. Ausbau von demokratischen Lehr- und Lernformen sowie Lehrmodellen wie Diskutierunterricht, Begleitung und Förderung von Praktika im Ehrenamtsbereich und die Anstellung von Demokratieassistenten an Schulen zur pädagogischen und organisatorischen Begleitung
- e. Bessere Berücksichtigung und Umsetzung der BNE-Ziele
- f. Selbständige, projektorientierte und fächerverbindende Lernformen

380

385

3.5. Unsere Ziele im Gemeinschaftsschulbereich

Das deutsche und auch das sächsische Schulsystem beruht in seinen Grundstrukturen noch auf der Kaiserzeit und wird immer wieder von der OSZE gemahnt, aktiv etwas gegen den Zusammenhang von Bildungsabschluss und sozialer Herkunft bzw. sozialem Habitus zu unternehmen. Nahezu alle entwickelten Länder haben eine Gesamtschule ohne frühe Aufspaltung, Selektierung und damit eng verbundener Abwertung von „nicht“-Gymnasialentwicklungen (siehe z.B. A. Kemper: <https://taz.de/Klassismus-und-Bildung/!5765097/>).

390

Wir fordern:

- a. Den massiven Ausbau der Gemeinschaftsschulen mit dem Ziel des Aufhebens des aktuellen mehrgliedrigen Schulsystems
- b. Eine Förderung und Ausbau von vorhandenen Gemeinschaftsschulen
- c. Den Ausbau der zum Betrieb einer Gemeinschaftsschule notwendigen Strukturen (Lehrpläne, LehrerInnenausbildung, Schulbauten etc.)
- d. Einen breiten öffentlichen Diskurs und eine Aufklärung über die Für und Wider von Gemeinschaftsschulen, um Eltern und SuS einzubinden und mitzunehmen

395

400

3.6. Unsere Ziele im Förderschulbereich

Die Inklusion von Kindern mit Einschränkungen an Regelschulen ist unser gemeinsames Ziel. Wir sehen auch die steten Bemühungen der Lehrerschaft eine gelingende Inklusion zu realisieren. Gleichzeitig haben wir Bedingungen, unter denen eine gute Inklusion nicht umgesetzt werden kann. Personalmangel, Inklusionsstunden, die oftmals nicht für Förderung der bedürftigen Kinder, sondern für Abdeckung von Regelunterricht genutzt werden, Ausfallstunden, die Bedürftige deutlich stärker belasten und fehlende Kompetenzen bei Lehrkräften im Umgang mit Förderbedarfen. Es fehlt an Weiterbildungen, Unterstützung und Kenntnissen. Die Anzahl an Inklusionskindern steigt von Jahr zu Jahr insbesondere in Grund- und Oberschulen. Diese strukturellen Unzulänglichkeiten lassen Anstrengungen zur Inklusion scheitern, so dass die Inklusionsidee als Ganzes jeden Rückhalt bei Eltern zu verlieren droht und dem eigenen Anspruch in keiner Weise gerecht wird.

405

410

Wir fordern:

- a. Den Erhalt und die Stärkung der Förderschulen so lange Inklusion personell, materiell und ideell an Regelschulen nicht deutlich besser ausgestattet wird
- b. Integration inklusiver Themen in die Lehrerbildung; jede Lehrkraft muss wissen, wie ein Förderantrag gestellt wird, wie man über ein Fördergutachten zu einem Förderplan kommt und welche pädagogischen Werkzeuge ausprobiert werden können
- c. Behindertengerechte Räume und Platz für individuellen Rückzug

415

- 420 d. **Gezielte Förderung von Angeboten, die auf die Bedürfnisse und Schranken inklusiver Schülerin und Schüler eingehen sowie außerschulische Angebote (Hort / Ferienbetreuung, GTA, Schulfeste, Ausflüge)**
- e. **Ein überarbeitetes Personalentwicklungskonzept mit multiprofessioneller, pädagogischer Grundausstattung für Förderschulen, orientiert an der Zahl aller Schülerinnen und Schüler der Schule, modifiziert nach sozialen Mess- und Erfahrungswerten und tatsächlichen Erfordernissen**
- 425 f. **Die Möglichkeit, dass inklusiv arbeitende Schulen Diagnostik- und Inklusionskonzepte selber erstellen, um sonderpädagogische Kompetenzen an Förderschulen nicht unnötig zu belasten**
- g. **Dass alle Schulen, die inklusiv beschulen, eigenes förderpädagogisch ausgebildetes Personal bereitgestellt bekommen**
- 430 h. **Anerkennung nicht-schulischer Früh- und Förderdiagnostikstellen und Festlegen von Diagnostikzielen und Techniken**
- i. **Differenzierte Lehrpläne mit Zielvorgaben pro Klassenstufe und fächer- und lehrgangsübergreifende Unterrichtung sowie Klärung des Lerntempos für die Klasse und das (die) Inklusionskind(er)**
- 435 j. **Definition von Grundfertigkeiten in allen Förderschularten und Ableitung in die Inklusionsvorschriften**
- k. **Proaktive Unterstützung und Förderung von Elternmitwirkung an Förderschulen bspw. durch die Bereitstellung entsprechender Informationsmaterialien in leichter Sprache und anderer Medien bzw. Angebote, um Barrierefreiheit zu gewährleisten**

3.7. Unsere Ziele im Berufsschulbereich

440 Das Berufsschulsystem in Deutschland ist ein international anerkanntes und oftmals kopiertes Instrument, um SuS eine chancengerechte und gute Ausbildung zu ermöglichen. Aber auch diese Schulform leidet an der überall vorhandenen Mangelsituation beim Personal.

Wir fordern:

- 445 a. **Eine stärkere Einbindung von Fachleuten als Quereinsteiger im Berufsschulbereich mit ausreichender Entlohnung und sozial gerechten Leistungen auf Lehrkraftniveau um Attraktivität zu schaffen**
- b. **Eine Erarbeitung von einheitlichen Grundsätzen an die sich jedes Bundesland hält**
- c. **Lehrpläne einheitlich gestalten**
- d. **Faire Finanzierungsmöglichkeiten für SuS ohne finanzielle Unterstützung von zu Hause**

450 3.8. Unsere Ziele für Schulen in freier Trägerschaft (SifT)

Schulen in freier Trägerschaft sind ein Gewinn für unser Bildungssystem. Sie stellen Alternativen bereit, garantieren Vielfalt und können Vorbild sein für andere, progressivere Bildungsmodelle. Die Schulen in freier Trägerschaft müssen als vollwertiges Teil der Bildungslandschaft eingebunden und berücksichtigt werden. Die Wahlmöglichkeiten von Eltern müssen gefördert und unterstützt werden.

455 Wir fordern:

- a. **Die Anpassung des Gesetzes über die Schulen in freier Trägerschaft derart, dass die Elternmitwirkungsverordnung des Schulgesetzes analog gilt.**
- b. **Einbeziehung und Berücksichtigung von SifT bei Infrastruktur- und Ausstattungsausgaben**
- 460 c. **Dialog zwischen Schulen in freier Trägerschaft und staatlichen Schulen über alle Ebenen hinweg**

4. Zukunft der Bildungsgerechtigkeit

Unser Bildungssystem steht vor großen Herausforderungen. Ein im internationalen Vergleich hoher Anteil an Schülerinnen und Schülern erreicht keine grundlegenden Fähigkeiten (Studie ifo Institut), mangelhafte Leseleistungen werden bescheinigt (aktuelle IGLU-Studie) und seit Jahren wird die zu starke Verknüpfung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg kritisiert. Schülerinnen und Schüler beschreiben Leistungsdruck, unsinnig Lehrformate und nicht mehr zeitgemäße Unterrichtsformate. Alternativen werden vorgeschlagen doch statt Tempo bei Transformationen, bewegt sich die Bildungspolitik der Kultusministerkonferenz eher mit der Geschwindigkeit der Plattentektonik. Alles in allem brauchen wir deutlich mehr Mut um neue Ideen auszuprobieren, umzusetzen und die Bereitschaft gelingende Konzepte an Schule flächendeckend zu unterstützen. Die obersten Ziele im Schulgesetz lauten:

„Der Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schule wird bestimmt durch das Recht eines jeden jungen Menschen auf eine seinen Fähigkeiten und Neigungen entsprechende Erziehung und Bildung ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage.“

„Die schulische Bildung soll zur Entfaltung der Persönlichkeit der Schüler in der Gemeinschaft beitragen. Diesen Auftrag erfüllt die Schule, indem sie Kenntnisse, Fähigkeiten und Werthaltungen vermittelt, um so die Erziehungs- und Bildungsziele zu erreichen und Freude am Lernen zu wecken.“

Diese wohlklingenden Worte bedürfen einer praktischen Unterfütterung und Umsetzung in der Breite zur Überwindung des Widerspruchs zwischen Theorie und Praxis.

4.1. So gelingt ein gerechtes Bildungswesen

Das deutsche Schulsystem ist in seinen Grundstrukturen aus der Kaiserzeit und diskriminiert systematisch nach Herkunft und sozialem Habitus. Im Sinne der Chancengerechtigkeit muss die Kernaufgabe des Bildungssystems jedoch eine kompensatorische und ausgleichende Funktion sein. Das Gymnasium als Schulform wird in Deutschland herausgehoben finanziert und gefördert (siehe z.B. T. Piketty „Kapital und Ideologie“). Studien zeigen, dass die Wahrscheinlichkeit einer Gymnasialempfehlung bei identischen Leistungen wie Lesekompetenz und kognitiven Fähigkeiten bei Kindern aus bildungsnahen Haushalten deutlich höher ist. Nahezu alle entwickelten Länder haben eine Schule für alle Schülerinnen und Schüler bis oberhalb der Klassenstufe 6. Vorbilder hier können erfolgreichen PISA-Ländern wie Finnland und Kanada sein. Auch die frühkindliche Bildung gehört hier in den Fokus, um die Schere bereits beim Schuleintritt zwischen Kindern aus unterschiedlichen sozialen Milieus so gering wie möglich zu halten.

Wir fordern:

- a. **Die Verbesserung des Betreuungsschlüssels in KiTas um mehr qualitativ gute pädagogische Arbeit zu ermöglichen sowie flächendeckende pädagogische Vorschulbildung in dem letzten KiTa Jahr unter Einbeziehung von GS-Lehrkräften der Schulbezirksschulen (Umsetzung der gesetzlichen Regelung)**
- b. **Bessere Verzahnung und Austausch von KiTa und Grundschule, um Kinder mit Förderbedarf bereits zur 1sten Klasse gut zu begleiten und zu fördern sowie ein Anreizsystem zum besseren Erreichen von allen Kindern (insbesondere aus Migrations- und sozial benachteiligten Familien)**
- c. **Eine Zusammenlegung von KiTa und Schule im Kultusministerium und regelmäßige, transparente, wissenschaftliche Evaluation von bildungspolitischen Zielsetzungen**

- d. **In der Perspektive ein gemeinsames Lernen mind. bis Klasse 6 und ein Hinterfragen des mehrgliedrigen Schulsystems**
- 505 e. **Stärkere Förderung, Kompensation und Unterstützung von bildungsfernen Kindern zum Übergang von Primär- in Sekundärbereich**
- f. **Eine offene, wissenschaftlich begleitete Diskussion über die Notwendigkeit, Sinnhaftigkeit und Auswirkung von Noten insbesondere im Grundschulbereich**

4.2. Wege zu einem besseren Unterricht

- 510 Neben den Herausforderungen aber auch Möglichkeiten der modernen medialen Welt sind insbesondere Erfahrungen aus freien Schulen, Projektschulen (siehe Schule im Aufbruch) und projektorientierten Lernformen aber auch die psychosozialen Belastungen bei Schülerin und Schülern mit den aktuellen Lern- und Belastungsformen ein Anlass kritisch zu hinterfragen, welche Lerninhalte, Lernformen und schulpolitischen Ziele unser Bildungssystem erfüllen bzw. beinhalten soll.
- 515 Medienkompetenz (und das erste und wichtigste Medium ist die Sprache), das eigenständige, kritische Erarbeiten von Wissensinhalten (die heute beliebig verfügbar sind) und die Umsetzung der BNE-Ziele müssen Inhalt sein. Im Digitalen entstehen derzeit kaum oder keine kollaborativen Prozesse. Schule ist gekennzeichnet durch Wohlbefinden, Schulkultur und Selbstwirksamkeit, all dies ist nur eingeschränkt in der Virtualität erfahrbar und aufbaubar. Genau das brauchen aber Lernende wie Lehrende, um es
- 520 in der Schule zu leben, zu vermitteln und aufzubauen.

Wir fordern:

- a. **Einen breiten runden Tisch mit Vertretern der Wissenschaft, SuS, Lehrenden, Eltern, Experten etc. zur Überarbeitung der Lehrpläne**
- b. **Die Integration der BNE-Ziele in die Lehrpläne [<https://sdg-indikatoren.de/4/>]**
- 525 c. **Die Implementierung moderner, selbstständiger, multidisziplinäre Lernformen**
- d. **Hinterfragen der Schulnoten für Kunst-, Sport-, Musikunterricht in Regelschulen ohne spezielle Vertiefung**
- e. **Überarbeitung der Zielsetzung der Fächer Sport, Musik und Kunst mit dem Kernziel Kinder für Bewegung, Musik und Kreativität zu begeistern**
- 530 f. **Eine Evaluation von bestehenden Modellschulprojekte und Entwicklung einen offenen Diskurs aller Beteiligten an Schule über eine Verschiebung der Bewertungsschwerpunkte hin zu fächerübergreifenden, ganzheitlichen, schülerzentrierten Unterricht mit Übertragung der in gelingenden Pilotprojekten und erfolgreichen Schulsystemen etablierten Verfahren in die sächsischen Regelschulen.**
- 535 g. **Ein Curriculum für Medienkompetenz und Demokratieerziehung unter Einbindung vorbildlicher Modelle an Schulen und wissenschaftlicher Expertise**
- h. **Eine Weiterbildungsinitiative in Bezug auf Medienkompetenzen sowie neue und offene Lern- und Lehrformen**

4.3. So gelingt ein gerechte Schulorganisation

- 540 Unser Ziel muss es sein, dass LehrerInnen sich auf die Arbeit konzentrieren können, die der Grund ist, warum sie diesen Beruf gewählt haben. Vermitteln von Wissen und Fähigkeiten, Unterstützung bei der Persönlichkeitsentwicklung, gute pädagogische Arbeit. In den vergangenen Jahren sind jedoch die Aufgaben von LehrerInnen deutlich diversere und vielfältiger geworden. Hier braucht das System Schule eine Veränderung und Öffnung.

545 Wir fordern:

550

- a. **Festgeschriebene Klassenleiterstunden, um Zeit zu haben zum Austausch zwischen Klasse und Klassenleiter**
- b. **Multiprofessionelle Teams und die Öffnung von Schule für externe Kräfte; Sportunterricht kann von Trainerinnen und Trainern aus Vereinen, Musik von Musikpädagogen und Kunst von Künstlerinnen und Künstlern unterstützt und begleitet werden**
- c. **Fachkräfte mit Verwaltungskompetenz zur Unterstützung in die Schulen holen**

5. Anhang:

555 Schwerpunkt 1:

Langfristige Bewältigung des Lehrermangels

1.1. Reform der Lehrerausbildung und mehr Ausbildungsorte für das Lehramtsstudium

Wir fordern eine Ausweitung der Ausbildungsorte für das Lehramtsstudium im ländlichen Raum und in kleineren Städten Sachsens.

560 Eine Erhöhung oder ein Halten der Anzahl der Studienplätze allein an NUR den universitären Standorten ist langfristig nicht mehr umfänglich zielführend.

Es bedarf der Erweiterung der Anzahl der Ausbildungsorte für das Lehramtsstudium. Die Ausbildung muss sich den Lebensrealitäten in Sachsen stellen und langfristig den Bedürfnissen der Schulen im Freistaat Sachsen angepasst werden, sowohl den Schulen im städtischen wie auch im ländlichen Raum.

565 Da dies eine ministeriumsübergreifende Aufgabe darstellt, fordern wir sowohl das Sächsische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst als auch das Sächsische Staatsministerium der Finanzen zu einer zielorientierten und konstruktiven Zusammenarbeit mit dem Sächsischen Staatsministerium für Kultus auf.

1.2. Abschaffung des pauschalen Numerus Clausus als Zugangsvoraussetzung für das Lehrstudium

570 **Ein Numerus Clausus limitiert die Anzahl der möglichen Interessierten Abiturienten. Deshalb fordern wir eine auf den Lehrerberuf abgestimmte Aufnahmeprüfung in allen Fächern, die auch pädagogische Fähigkeiten und Soft Skills abrufen soll.**

So verlangt die TU Dresden im Wintersemester 2022/2023 einen NC von 1,9 in den Fächern Chemie/Lehramt und Grundschule/Lehramt bzw. 2,0 im Fach Deutsch/Lehramt. Die Abiturnote spiegelt jedoch höchst unzureichend die Befähigung zum Lehrerberuf wider. Gleichzeitig werden geeignete Bewerber gerade in wichtigen naturwissenschaftlichen Fächern von vorn herein entmutigt.

575

1.3. Straffung der Lehrinhalte auf das spätere Tätigkeitsfeld als Lehrer

Wir fordern den Anteil pädagogischer Studieninhalte gegenüber fachlichen Studieninhalten deutlich zu erhöhen.

580 Die Studierenden im Lehramt für weiterführende Schulen teilen zahlreiche Studieninhalte mit Studierenden anderer Studienfächer. Das macht sie zu Experten ihres Fachs, aber nicht zu Experten im Lehren. Dabei sind pädagogische Fähigkeiten viel wichtiger für den Lehrerberuf als Fachexpertise in der Tiefe des Fachs. Hier gibt es anzusetzen.

1.4. Einstellung von multiprofessionellen Teams zur Unterstützung der Lehrer

585 **Wir fordern die Einstellung von Schulassistenten, IT-Fachkräften und Sozialarbeiter, damit Lehrer sich wieder mehr um die Bildung der Kinder kümmern können.**

Studien sprechen von bis zu einem Drittel Lehrfremder Tätigkeiten durch Lehrerinnen und Lehrer. Würde diese Zeit auf die Bildung der Kinder ausgerichtet werden, wäre der Lehrermangel deutlich abgemildert. Dazu braucht es aber neue Berufsbilder im Schulalltag bzw. die Ausweitung bestehender Unterstützungssysteme. Sozialarbeiter sollen flächendeckend an allen Schulen wirken, Schulassistenten unterstützen im Rahmen der Tätigkeit, IT-Fachkräfte sichern die digitalen Fähigkeiten der Schule.

590

1.5. Schaffung von Referendariatsstellen im Ländlichen Raum

Wir fordern, mehr Referendariatsstellen im ländlichen Raum zu schaffen.

Dadurch erwarten wir eine verbesserte „Klebewirkung“, wenn Lehramtsreferendare mit ihrer Tätigkeitsstätte zufrieden sind und dort gerne bleiben wollen.

595 1.6. Beachtung der Sprachlichen Besonderheiten in den Regionen

Wir fordern die Förderung der sorbischen Sprache, des Tschechischen und des Polnischen in den jeweiligen Regionen.

600 Wir erwarten eine Förderung der sprachspezifischen Besonderheiten der Regionen. Dies betrifft in erster Linie den Erhalt der sorbischen Sprache. Durch den starken Zuzug von tschechischen und polnischen Familien und deren Kindern in den Grenzregionen betrifft dies auch zunehmend die tschechische und polnische Sprache. Hier sehen wir erweiterten Handlungsbedarf. Dadurch können auch Lehrkräfte aus den Nachbarländern einfacher an Schulen in den grenznahen Regionen arbeiten.

1.7. Wir fordern eine deutlich bessere Ausstattung mit und kontinuierliche Aufstockung der Lehrer*innen an allen Schulformen

605 Der Lehrermangel ist das zentrale Problem unserer Dekade. Permanenter personeller Mangel untergräbt pädagogische Arbeit, belastet die vorhandenen Lehrerinnen und Lehrer über Gebühr, nimmt jeden Spielraum für neue pädagogische Konzepte und belastet Kinder, Lehrer*innen und Eltern. Wir fordern:

- deutliches Aufstocken der Lehrer*innenstellen
- Wissenschaftliche Evaluierung und neu Definieren von Anforderungen an die Ausbildung
 - 610 • insbesondere für GS-Lehrer auch ein Angleichen der Ausbildung mit dem Ziel des längeren gemeinsamen Lernens und des Ausbaus der Gemeinschaftsschule
 - leichtere und bessere Anerkennung von Vorleistungen und ausländischen Abschlüssen
 - massive Anstrengungen bei der Neuanstellung / Ausbildung
 - praxisnähere Ausbildung
 - 615 • Anreize für besonders benötigte Profile
 - Einfachausbildungen zulassen, insbesondere in Fächern mit enormen Bedarfen wie Physik, Mathematik und andere Naturwissenschaften
- Prüfen von neuen Wegen wie dualer Ausbildung
- Anstellung aller Lehrkräfte, die in Sachsen bleiben wollen, egal wo!
- 620 • ein Zuviel an Lehrkräften kann es aktuell nicht geben und wenn die Kinderzahlen wirklich absinken, dann schafft dies Freiräume für
 - die Reduzierung der Klassengröße,
 - angemessene Vertretungsmöglichkeiten,
 - 625 • Umfangreiche Förderung von Kindern mit Bedarf und ebenso Forderung von Begabten, die den Namen verdient
 - Ausbau der Begabtenförderung aus Bundes- und Ländermitteln
 - Inklusionsstunden mit bedürftigen Kindern und nicht als Lückenfüller wie aktuell gelebte Praxis
 - Pädagogischen Spielraum! Freie Schulen zeigen, wie hilfreich hier auch z.B. eine zusätzliche Lehrkraft für Gruppenunterricht, Förderung und pädagogische Begleitung ist

Kurzfristige Reduzierung des Unterrichtsausfalls

1.8. Außerschulische Lernorte schaffen um eine kurzfristige Reduzierung des Unterrichtsausfalls zu ermöglichen

Wir fordern mehr außerschulische Lernorte, herkömmlichen Unterricht ergänzen können.

635 Wenn Unterricht an Schulen nicht absicherbar ist, sollen andere Institutionen Bildung zum Anfassen präsentieren dürfen. Beispiele dafür wäre ein Naturwissenschaftlicher Tag, ein Kulturtag, ein heimatkundlicher Tag oder ein Sporttag im Monat. Dadurch wird der Wissenserwerb aus dem Unterricht gefestigt und Wissen alltagsnah präsentiert. Dies kann auch mit der Berufsorientierung an weiterführenden Schulen vernetzt werden.

640 1.9 Geplanten Unterrichtsausfall durch Kooperationen mit Partnern aus Wirtschaft, Verwaltung und Kultur kompensieren.

Wir fordern, mehr Menschen aus anderen Gesellschaftsbereichen in den Schulalltag zu integrieren.

645 Durch die Ministerien sind die Rahmenbedingungen hierfür zu schaffen. Zulassung bzw. Genehmigung der Maßnahmen, muss einfach und ohne große Hürden erfolgen können. Insbesondere der Versicherungsschutz muss einer Schulveranstaltung gleichgestellt werden. Firmen übernehmen einen Teil des Unterrichts und ergänzen den gekürzten Umfang der Stundentafel.

1.10. Mehr digitales Lernen an den Schulen

Wir fordern mehr Lerninhalte digital und multimedial zu präsentieren, so dass bei Unterrichtsausfall Selbstlerninhalte bereitstehen.

650 Der beste Unterricht ist ein Unterricht, der durch Lehrer vor einer Klasse gehalten wird und der individuell auf die Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler eingeht. Allerdings fallen in zahlreichen Fächern Unterrichtsstunden aus, ohne adäquaten Ersatz zu bieten. Digitale Lerninhalte können hier helfen, Lücken zu vermeiden oder zu verringern. So kann das Vokabellernen in Fremdsprachen oder andere Übungsinhalte auch digital bereitgestellt werden, zumindest in weiterführenden Schulen.

655 1.11. Bürokratieabbau an Schulen

Wir fordern die Überprüfung der Lehrertätigkeit, mit dem Ziel, Bürokratie wirksam abzubauen.

Lehrer brauchen mehr Zeit für Schülerinnen und Schüler. Gleichzeitig klagen Sie über einen übermäßigen Dokumentations- und Bürokratieaufwand. Dieser muss zügig abgebaut werden, um mehr Zeit für Unterrichtsvorbereitung und -durchführung zu ermöglichen.

660 1.12 Lebensarbeitszeitkonten für Lehrer

Wir fordern, Lehrern Lebensarbeitszeitkonten bereitzustellen, mit denen freiwillig 2-3 zusätzliche Wochenstunden unterrichtet werden können.

665 Dies soll als Option für Lehrer geschaffen werden, die z.B. ein Sabbatical oder eine frühere Verrentung „erarbeiten“ können oder als befristete Lösung für Teilzeitlehrende, ohne den Teilzeitstatus zu verlieren. Die Wochenstunden werden auf Konten angespart und können später im Berufsleben verwendet werden oder genutzt werden, um den Renten/Pensions-Zeitpunkt nach vorn zu verlegen.

Schwerpunkt 2

Gerechtigkeit in Stadt und Land

670 Besondere Herausforderungen der Großstädte

2.1. Bessere Verteilung von Kindern mit Migrationshintergrund

Wir fordern sicherzustellen, dass mittelfristig keine Schule einen höheren Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund als 30% hat.

675 Schulen in herausgeforderten Stadtteilen haben nicht selten überwiegend Kinder mit Migrationshintergrund in ihrer Schülerschaft. Dadurch wird das Lernen jedoch für Kinder mit und ohne Migrationshintergrund deutlich erschwert. Wir benötigen Instrumente, um die Kinder besser an den Schulen insbesondere der großen Städte zu verteilen. Dies kann durch dezentrale DaZ-Klassen oder auch durch Neuzuschnitte der Schulbezirke bzw. der Schülerzuweisung geschehen.

680 2.2. Gesellschaftliche Akzeptanz von Kindern mit nonbinärem oder abweichendem Geschlechterhintergrund

Wir fordern Mittel und Maßnahmen, damit Kinder an Schulen die von ihnen erlebte Geschlechtsidentität ausleben können.

685 Kinder hinterfragen immer mehr ihr biologisches Geschlecht. Dies sollte gesellschaftlich akzeptiert werden und die notwendigen Mittel bereitgestellt werden, um ihnen einen angstfreien und sozial akzeptierten Rahmen in der Schule zu geben. Die Schulbaurichtlinie ist um Regelungen zur Einrichtung von Toiletten für diverse Lernende zu ergänzen. Der Sportunterricht soll so angepasst werden, dass sich alle Kinder adäquat wiederfinden.

2.3. Wir fordern die Reduzierung der Klassenstärke bei Klassenbildung von 28 auf 25 Kinder

690 In einer Stadt wie Leipzig ist in sehr vielen Grund- und Oberschulklassen mindestens ein Kind mit einem Förderbedarf entweder im sozial-emotionalen Bereich, im Bereich der Lern- oder Sprachförderung. Diese Bedarfe steigen in der Stadt Leipzig kontinuierlich an (https://geoportal.leipzig.de/arcgis/apps/experiencebuilder/experience/?id=1114e76854654b1bf87a8a6d6eb9be&page=page_10). In Schulen in einigen Stadtbezirken haben ca. 30% der Kinder im Grund- oder Oberschulbereich Auffälligkeiten im sprachlichen Bereich. Die aktuell zustehenden Inklusionsstunden werden 695 erst gewährt, wenn das Kind eine Diagnose bekommt. Aktuell haben wir Diagnosezeiten >1Jahr. Eine Diagnostizierung ist somit in jedem Fall nicht im ersten Schuljahr realistisch. Hinzu kommt eine aus unserer Sicht schlechte Vernetzung und Kommunikation zwischen Grund- und weiterführenden Schulen, so dass Informationen zu Kindern mit Auffälligkeiten, Problemen und Schwierigkeiten nicht oder nur in einigen Fällen an die weiterführende Schule gegeben werden. Wenn (wie es oftmals der Fall ist) keine Vorinformationen zu den 700 Kindern vorliegen, wird der Bedarf in Klasse 1 oder Klasse 5 festgestellt und im Bestfall die Diagnose begonnen. Erst dann wird das Kind auch im Rahmen der Klassenbildungsverordnung berücksichtigt mit einer höheren Einstufung. Hinzu kommt eine zunehmende Anzahl an Kindern mit Migrationshintergrund, die eine DAZ Förderung oder eine Förderung im sprachlichen Bereich unbedingt benötigen.

705 Da dies für die erste Klassenbildung jedoch nicht berücksichtigt wird, ist es aus unserer Sicht plausibel eine prophylaktische Berücksichtigung zu implementieren.

Wir fordern deshalb:

- Die Absenkung des Klassenteilers für die 1ste und 5te Klasse von 28 auf 25 für alle Schulen
- Die Anhebung der Indexierung diagnostizierter Förderbedarfe zur Klassenbildungsverordnung
- Den Ausbau der Inklusionsstunden und die bedarfsgebundene Einsetzung

- 710
- Den Ausbau von insbesondere logopädischer Förderung bereits im KiTa Alter aus Mitteln des Sozialministeriums
 - Deutlich stärkere Anstrengungen zur Ausstattung der Schulen mit DAZ-Lehrer*innen und eine bessere Begleitung und Unterstützung von Kindern mit Migrationshintergrund

715 2.4. Wir fordern ein kostenfreies oder mindestens subventioniertes Mittagessen für alle Schülerinnen und Schüler

720 Eine gesunde, nährstoffreiche und nachhaltige Ernährung sollte in einem der reichsten Länder der Erde für alle SuS möglich sein. In einer Stadt wie Leipzig wissen wir in Schulen, dass ein nicht geringer Anteil an Kindern nur in der Schule ein gesichert warmes Essen in Schule bekommt. Inflation, steigende Kosten und Gewinnruck setzen den Essensanbietern zu. Preise für Mittagessen steigen. Bildung und Teilhabe wird nur zu einem Teil abgerufen, Eltern haben Scham oder Unwissen und ein Anteil von Eltern fällt gerade noch nicht in die Anspruchsberechtigung, hat aber mit den Preisen zu kämpfen.

Wir fordern deshalb:

- Mindestens ein Tagesmenü kostenfrei oder subventioniert auf z.B. 2€
- Das subventionierte Essen ist dabei kein „Billigessen“ sondern eines der normal am Tag angebotenen Essen
- Wahrung von Qualitätsansprüchen an das Essen generell
- Hinterfragen der Gewinnorientierung von Essensanbietern; Kommunale Eigenbetriebe ohne Gewinnruck als Option prüfen

Besondere Herausforderungen im ländlichen Raum

730 2.5. Wir fordern Förderprogramme für den ländlichen Raum

735 Die Attraktivität des ländlichen Raumes sinkt zunehmend. Fehlende Infrastruktur, notwendig höhere Mobilitätsbedarfe bei gleichzeitig sinkendem öffentlichem Angebot Mangel an Arbeitsplätzen und Perspektiven. Umso wichtiger sind ortsnahe Bildungsangebote als Kerninfrastruktur im ländlichen Raum. Somit kann Lebenszeit nicht im Schulbus sondern mit Freunden beim Spielen verbracht werden. Eine in den öffentlichen Raum geöffnete Schule im ländlichen Raum kann mit modernen Schulkonzepten ein Attraktivitätskern für eine Region sein. Es ist jedoch in den vergangenen Jahren zu konstatieren, dass der Lehrermangel im ländlichen Raum noch stärker durchschlägt als in der Stadt. Der Klebeffekt wird vielfach nicht erreicht.

Wir fordern:

- Unterstützungs- und Lockangebote für Lehrer*innen und Lehrer
 - Zinslose Darlehen der Landesbank, Willkommengeld, Elektrodienstwagen
 - Doppeltes Gehalt für Referendare
- Finanzierung und Mentoring für Modellschulen im ländlichen Raum mit modernen und zukunftsorientierten Konzepten
- Förderangebote bereits im Studium für den ländlichen Raum (analog Landarztmodelle)

Schwerpunkt 3:

Gerechtigkeit unter den Schulformen

Unsere Ziele im Grundschulbereich

3.1. Muttersprache und Mathematik

750 **Wir fordern eine höhere Stundenzahl für Grundlagenfächer Deutsch und Mathematik. Die Schreibrschrift soll bereits ab Klassenstufe 1 gelehrt werden.**

Die Grundvoraussetzung, sich mit dem Leben in allen Facetten auseinanderzusetzen, ist das Lesen, Schreiben und Rechnen. Die Grundlagenfächer Deutsch und Mathematik sollen deshalb noch stärker gelehrt werden. Dazu sollen entsprechende GTA Angebote besser honoriert werden. Dazu ist eine bedarfsgerechte

755 Förderung von Seitens des Bundes notwendig. Darunter fallen auch bedarfsgerechte Fördermittel, die gerade in der Grundschulbildung elementare Fundamente darstellen.

3.2. Wir fordern eine bessere Ausstattung des Schulsystems generell und insbesondere eine stärkere und angemessene Förderung der Primärbildung als wichtigste Grundsteinlegung.

760 Die OECD mahnt wiederholt die schwache und unausgewogene Finanzierung des deutschen Bildungssystems an. Während grundlegend ein Finanzierungsanteil am BIP über 5% empfohlen wird und Deutschland dies nicht erreicht, ist in Deutschland im internationalen Vergleich das Hochschulsystem gut, das Sekundärsystem mittelmäßig und das Primärsystem schwach finanziert. Dies führt ganz erheblich auch zur Verfestigung sozialer Ungleichheiten, da bildungsferne Kinder unzureichend gefördert werden. Gerade der Primärbereich ist jedoch als Basis der wichtigste Bildungsort.

765 Wir fordern:

- Erhöhung der Bildungsausgaben kumuliert aus Bund, Land und Kommune > 5% des BIP von Deutschland (Stand 2022 4,6% (Quelle: Statista))
- Sofortiges Sondervermögen für Bildung in Höhe von 100 Mrd Euro
- Eine bessere Finanzierung des Primärsektors mit gezielten Förderprogrammen zum Ausgleich von sozialen und strukturellen Bildungsunterschieden
- Eine massiv bessere Ausstattung von Grundschulen sowohl personell als auch materiell als wichtigste Bildungseinheit und die Gleichstellung von GS-Lehrkräften zu OS/Gym in der Ausbildung

770

Unsere Ziele im Oberschulbereich / Oberschule+

775 3.3 Bessere Vernetzung mit Gymnasien – mehr Durchlässigkeit in allen Klassenstufen

Wir fordern mehr Maßnahmen, damit lernstarke Oberschüler verstärkt an Gymnasien wechseln können.

Ein Wechsel nach Klassenstufe 5 ist geradezu eine Seltenheit. Dies liegt oft daran, dass lernstarke Oberschüler nicht geeignet gefördert werden und auf die Möglichkeit des Schulwechsels aufmerksam gemacht werden.

780 Probebeschulungen an Gymnasien und Zusatzaufgaben sollten verstärkt angewendet werden, um auch „Spätzünder“ den Wechsel zu ermöglichen.

3.4. Studienperspektiven in der Berufsorientierung

Wir fordern, dass Studienperspektiven zum Bestandteil der Berufsorientierung ab Klasse 8 werden sollen.

In zahlreichen Berufsfeldern sind Studienabschlüsse bereits die Grundvoraussetzung für eine Berufslaufbahn. Dies sollte stärker dargestellt werden, so dass Jugendliche an Oberschulen besser über diese Perspektiven informiert sind und sich ggf. motivieren, sich auf die Fachhochschulreife oder das Fachabitur vorzubereiten.

785

3.5. Kleinere Klassen bei erhöhtem sozialpädagogischem Bedarf

Wir fordern, nicht nur bei I-Kindern sondern auch bei sonstigem sozialpädagogischem Bedarf den Klassenteiler zu verkleinern.

790 Inklusiv beschulte Kinder werden mit einer Erhöhung auf den Klassenteiler angerechnet. Dies sollte auch möglich sein, wenn eine Klasse aus sonstigen Gründen einen erhöhten sozialpädagogischen Bedarf hat. Kleinere Klassen sind leichter zu steuern und bieten den Schülern bessere Lernchancen. Dies sollte möglich gemacht werden.

3.6. Wir fordern eine personelle und materielle Stärkung der Oberschulen in Sachsen

795 Die Oberschulen in Sachsen stehen vor enormen Herausforderungen insbesondere im städtischen Bereich. Zunehmende soziale Verwerfungen, das Entstehen von sozialen Brennpunkten, die ideelle Abwertung der Oberschule im mehrgliedrigen Schulsystem und die Herausforderungen der Migration wirken sich überproportional stark an Oberschulen aus. CORONA hat zu einem zusätzlichen Aufklappen der Schere in der Bildung geführt. Kinder aus bildungsferneren Haushalten mit Schwierigkeiten in der Schule bzw. mit Förderbedarf haben deutlich stärker unter der Pandemie gelitten als Kinder in wohlhabenden Haushalten.

800 Deutschland ist eines der Länder weltweit, welches am wenigsten in der Lage ist die Verbindung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg abzumildern.

In Oberschulen bündeln sich aktuell die Probleme massiv. Gewalt, Drogen, Schulverweigerung und Schulabbrecher sind ein deutliches Zeichen. Hinzu kommt ein massiver Personalmangel und die Behandlung in der öffentlichen Wahrnehmung von Oberschulen als Schulen zweiter Klasse.

805 Die Aufgabe einer jeden Regierung muss es im Sinne einer sozial ausgewogenen Bildungspolitik zur Stärkung der Schwachen sein, diese Schulen außerordentlich zu fördern, um hier die Ressource dieser Kinder nicht zu verlieren. Praktischer Unterricht, zielführende Berufsorientierung und die Wertschätzung aller Schülerinnen und Schüler muss auf die Agenda ganz nach oben.

Wir fordern deshalb:

- 810
- Eine Initiative zur Stärkung der Oberschulen
 - Materielle und personelle Aufstockung von Oberschulen
 - Ausbau von praxisorientiertem Unterricht
 - praktisches Lernen
 - Öffnung der Praktika-regelungen hinsichtlich Anzahl, Dauer und Verbindlichkeit für alle Schüler in jedem Bildungsgang und individuelle Gestaltungsmöglichkeiten für die einzelnen Schulen im Rahmen der Berufsorientierungskonzepte
- 815
- Ausbau von funktionierenden Konzepten an Modellschulen
 - Ausbau sozialer Unterstützung an Oberschulen (DAZ, Schulsozialarbeit, multiprofessionelle Teams)

820 Unsere Ziele im Gemeinschaftsschulbereich

3.7. Wir fordern den massiven Ausbau der Gemeinschaftsschulen mit dem Ziel des Aufhebens des mehrgliedrigen Schulsystems

825 Das deutsche Schulsystem ist in seinen Grundstrukturen aus der Kaiserzeit und diskriminiert systematisch nach Herkunft und sozialem Habitus. Nahezu alle entwickelten Länder haben eine Gesamtschule. Die Aufspaltung, Selektierung und damit eng verbundene Abwertung von „nicht“-Gymnasialentwicklungen fördert gesellschaftliche Spaltung ... „Nur Hauptschüler aber wenigstens ... „ (siehe Arbeiten Andreas Kemper).

Wir fordern deshalb:

- 830
- Eine Förderung und Ausbau von Gemeinschaftsschulen
 - Den Ausbau der notwendigen Strukturen (Lehrpläne, Lehrer*innenausbildung, Schulbauten etc.)

- Einen breiten öffentlichen Diskurs über die Für und Wider von Gemeinschaftsschulen um Eltern und SuS einzubinden und mitzunehmen

Unsere Ziele im Gymnasialbereich

Unsere Ziele im Förderschulbereich

835 3.8. Personalplanung überarbeiten und mehr Professionen einbinden

Wir setzen uns dafür ein, dass möglichst alle Förderschulen eine multiprofessionelle pädagogische Grundausstattung erhalten, orientiert an der Zahl aller Schülerinnen und Schüler der Schule, modifiziert nach sozialen Mess- und Erfahrungswerten und tatsächlichen Erfordernissen.

840 Auch in den Förderschulen herrscht akuter Lehrermangel. Besonders an diesen Schulen ist ein **überarbeitetes Personalentwicklungskonzept** notwendig, um dem Bildungsauftrag nachhaltig gerecht zu werden. Ziel sollte es sein, die verschiedenen gegebenen Professionen im Förderschulbereich in der pädagogischen Arbeit zu verknüpfen, um eine Basis zu schaffen, die gute Bildung, Chancengleichheit als auch Bildungsgerechtigkeit bietet. Damit erweitern sich die Möglichkeiten zur Realisierung von pädagogischen Konzepten und Leistbarkeit.

845 Besonders in Förderschulen ist die gegenwärtige Personalplanung zu überarbeiten und den tatsächlichen Anforderungen und Erfordernissen anzupassen.

3.9. Diagnostik- und Inklusionskonzept aktualisieren

Wir fordern, dass inklusiv arbeitende Schulen Diagnostik- und Inklusionskonzepte sehr erstellen, um sonderpädagogische Kompetenzen an Förderschulen nicht unnötig zu belasten.

850

Das Diagnostik- und Inklusionskonzept ist zeitgemäß zu ändern. Diagnostik-/ Beratungslehrer der Förderschulen sind dahin gehend zu entlasten, dass alle Schulen die inklusiv beschulen, eigenes Personal für eine vollumfängliche Inklusion bereitgestellt bekommen. Die Form der Inklusion, wie sie gegenwärtig mittels mobiler Beratungslehrer, praktiziert wird, ist nicht dauerhaft gemäß den Anforderungen unserer Bildungspolitik umsetzbar.

855

Es sind deshalb angemessene strukturelle Maßnahmen zu ergreifen, um die Zusammenführung von Förder- und allgemeinen Schulen – bei gleichzeitiger Sicherung sonderpädagogischer Kompetenzen – zu einem inklusiven Bildungssystem zu erreichen.

3.10. Bessere Elternmitwirkung an Förderschulen

860 **Wir setzen uns dafür ein, dass alle Eltern der Förderschulen die Möglichkeit erhalten, sich aktiv, mit ihren Möglichkeiten, in der Elternarbeit engagieren können, bspw. durch die Bereitstellung entsprechender Informationsmaterialien in leichter Sprache und anderer Medien bzw. Angebote, um Barrierefreiheit zu gewährleisten.**

865 Alle Eltern, deren Kinder eine Förderschule besuchen, soll die Mitwirkung in der Elternarbeit ermöglicht und erleichtert werden. Dies gelingt u.a. durch die Bereitstellung von Informationen in einfacher Sprache oder anderer Angebote, um Barrierefreiheit zu ermöglichen. Zahlreiche Eltern werden weder über das Recht der Elternmitwirkung informiert, noch erhalten sie die Möglichkeit. Die Ursachen sind vielfältig, daher sollten diese Berücksichtigung im Sinne der Gleichberechtigung finden. Die Elternmitwirkungsverordnung schließt alle Eltern aller Schulformen ein, daher obliegt diese Aufgabe der zuständigen Stelle, alle Eltern abzuholen und einzuschließen.

870

3.11. (aber auch alle Schulformen) Wir fordern eine bessere personelle und materielle Unterstützung von Inklusion an allen Schulformen und ein Erhalt der Förderschulen bei den gegenwärtig schlechten Inklusionsbedingungen

875 Die Anweisung zum Förderschulbesuch ist seit 2019 nicht mehr gegeben, dennoch sind Förderschulen voll und können den Bedarf nicht decken. Aktuell werden Inklusionsstunden oftmals nicht für Förderung der bedürftigen Kinder sondern für Abdeckung von Regelunterricht genutzt. Dies diskriminiert die Bedürftigen und untergräbt die Akzeptanz der Inklusion. Lehrer*innen in Regelschulen sind oftmals überfordert. Es fehlt an Weiterbildungen, Unterstützung und Kenntnissen. Die Anzahl an Inklusionskindern steigt von Jahr zu Jahr insbesondere in Grund- und Oberschulen. An Oberschule beobachten wir Lernunlust und vermehrt Schulabbrüche. Die Kinder mit Förderbedarf werden als lernunwillig und verhaltensauffällig stigmatisiert. Die Inklusion als gute und positive Initiative ist durch verstetigten Mangel, strukturelle Unzulänglichkeiten und Fehler zum Scheitern verurteilt, verliert jeden Rückhalt bei Eltern und wird dem eigenen Anspruch in keiner Weise gerecht.

Wir fordern deshalb:

- 885 • Den Erhalt und die Stärkung der Förderschulen solange Inklusion ist wie sie ist
- verpflichtende Fort- und Weiterbildungen für Lehrer*innen im Bereich Inklusion
- Bessere Integration inklusiver Themen in die Lehrerausbildung; Jede Lehrkraft sollte wissen, wie ein Förderantrag gestellt wird, wie man über ein Fördergutachten zu einem Förderplan kommt und welche pädagogischen Werkzeuge ausprobiert werden können
- 890 • An jeder Schule mindestens ein ausgebildeter Förderschullehrer als Multiplikator, Unterstützer und Befähiger
- Stärkung von Projekten zur Reduzierung von Schulabbrechern, Ausbau von „produktiven Lernen“, pädagogische Förderung in Kleingruppe, individuelle Förderung verstärkt an Oberschule

3.12. Beibehaltung und Ausbau der Förderschulen

895 Die Förderschulen bieten Schülern mit Förderbedarfen einen auf ihre Bedürfnisse ausgelegten Schulalltag. Dies zeigt sich in

- 900 • Kleinen Klassen
- Behindertengerechte Räume mit Platz für den individuellen Rückzug
- Fest zugeordneten und ausgebildeten Förderschulpädagogen, welche den gesamten Unterricht die Schüler unterrichten
- Ergänzendes Schulpersonal wie pädagogischen Mitarbeitern

- Lehrplanübergreifendes Lernen entsprechend den Lehrplänen
- Auf ihre Bedürfnisse und Schranken eingehende außerschulische Angebote (Hort / Ferienbetreuung, GTA, Schulfeste, Ausflüge)

905 Seit Abschaffung der Förderschulbesuchspflicht werden Anmeldungen an den Förderschulen bewusst von Eltern vorgenommen. Die Nachfrage an Förderschulplätzen hat sich kontinuierlich erhöht und übersteigt das Angebot deutlich.

3.13. Anerkennung nicht-schulischer Früh- und Förderdiagnostikstellen

Durch:

- 910 • Formulierung von Diagnostikzielen und -techniken
- Elternentscheidung, wann welche Diagnostik- und Hilfseinrichtung besucht wird

915 Begründung: Entwicklungsgespräche in der KiTa sind nicht verpflichtend und haben keine einheitliche Vorgehensweise. Die Vorschuluntersuchung kann Defizite in der Entwicklung feststellen, die Untersuchung ist zeitlich beschränkt und ist nicht tiefgründig. Die Feststellung des Förderbedarfes in der Schule kann zu spät kommen. Zudem dauern die Feststellungsverfahren aktuell mehr als ein Jahr und vergrößert die Defizite weiter. Sowohl was die Wissensaneignung betrifft wie auch das emotionale Bewusstwerden und Erleben des betroffenen Kindes hinsichtlich seiner Defizite. Hilfen zum Umgang mit den Defiziten fehlen oft in dieser Zeit.

920 Durch außerschulische Diagnostikmöglichkeiten können auf Ebene des Kindes bereits im Kindergarten Fördermaßnahmen ergriffen werden und Hilfsmaßnahmen frühzeitig beginnen. Der Weg über die schulische Diagnostik muss bleiben, den Eltern sollte jedoch die Möglichkeit für eigene Maßnahmen eröffnet sein.

3.14. Bekämpfung des Lehrermangels

925 durch Bindung von Absolventen, welche aus anderen Bundesländern kommen und eigentlich nach ihrer Ausbildung in ihre Heimatorte zurück gehen wollen. Diese sollen sich in der Schullandschaft Sachsen wohl fühlen. Dies können monetäre Anreize sein, aber Angebote zur Lebensqualität. „wohlfühlen“ beschränkt sich nicht auf Stadt oder Land, es bezieht sich auf das gesamte Bundesland.

Ergänzt werden sollte das Lehrerkollegium um Gesundheitsfachpersonal wie auch grundständig therapeutisch ausgebildete Personen. Elementare Kenntnisse zu verschiedenen Krankheitsbildern sind unabdingbar für die Gestaltung des Schulalltages.

3.15. Digitalisierung auch in dieser Schulform

930 Der Alltag ist von Automatisierung und Digitalisierung geprägt. Auch die Schüler der Förderschulen müssen in allen Förderzweigen auf ein eigenbestimmtes Leben und -soweit möglich – den Anforderungen der Arbeitswelt vorbereitet werden.

935 Deshalb ist auch die technische Ausstattung mit digitalen Tafeln (und deren Zubehör) sowie Tablets vorzunehmen und im Unterricht einzusetzen. Grundlage dafür ist ein Breitbandanschluss der Schulen und WLAN-Ausbau in den Schulen.

3.16. Definition von Grundfertigkeiten in allen Förderschularten und Ableitung in die Inklusionsvorschriften

940 Grundsätzlich stehen wir der Inklusion von Kindern mit Einschränkungen an Regelschulen offen gegenüber. Grundsätzlich haben Eltern das Recht, sich für eine Schule zu entscheiden. Dazu muss auch – aus den unter Punkt 1 genannten Gründen – auch die Auswahlmöglichkeit für die Förderschule. Die UN-Konvention beabsichtigt die Inklusion, schließt aber die freie Entscheidung für eine Förderschule nicht aus.

Wir sehen die stete Bemühung der Lehrerschaft um eine gelingende Inklusion. Gleichzeitig sehen wir aber auch die Bedingungen, unter denen eine gute Inklusion nicht gelingen kann. Deshalb fordern wir:

- 945
- Zuweisung der vorgesehenen Inklusionsstunden durch das Landesamt für Schule ohne Abstriche (Diskriminierung von Behinderten, denen die Teilhabe verweigert wird)
 - Ausgebildete Förderschulpädagogen an allen Regelschulen anstatt Beratungslehrern mit Kurzlehrgang ohne Abschluss
- 950
- Differenzierte Lehrpläne mit Zielvorgaben pro Klassenstufe, in denen die gerade fächer- und lehrgangsübergreifende Unterrichtung klar wird
 - Klare Abgrenzung, was Schule leisten kann und welche Aufgaben trotzdem für die Eltern verbleiben
 - Klärung des Lerntempos für die Klasse und das (die) Inklusionskind(er)

Unsere Ziele im Berufsschulbereich

3.17. Mehr Quereinsteiger im Berufsschulbereich

955 **Wir fordern eine stärkere Einbindung von Fachleuten als Quereinsteiger im Berufsschulbereich**

In den *Berufsschulen* herrscht Lehrermangel. Gerade hier ist es angesagt, Quereinsteiger Möglichkeiten auf Weiterbildung zu geben. Mit ausreichender Entlohnung und *sozial gerechten* Leistungen auf Lehrkraftniveau. Das schafft Attraktivität.

Einheitliche Grundsätze an die sich jedes Land hält. Lehrplan einheitlich gestalten.

960 Beispiel: In den Handwerksberufen ist die Grundbildung 1. und 2. Ausbildungsjahr einheitlich. Erst im 3. Jahr erfolgt eine Fachspezialisierung. Dazu muss der Schüler die Berufsschule wechseln. Dort treffen unterschiedliche Lernfortschritte aufeinander. Einige Schüler, ca. 60 Prozent brechen die Ausbildung ab, um zu studieren an Hochschulen, um Wartesemester zu überbrücken. Die Berufsausbildung dient oft nicht als *Sprungbrett*, sondern als *Übergangslösung*. Zwangsläufig führt das zur Bildungsentwertung.

965 Die Rede ist auch von *privaten* Berufsschulen, die auf das Schulgeld der Mitglieder angewiesen sind. Nicht jeder kann sich eine Privatschule leisten.

Die Ausbildung muss *finanzierbar* bleiben. *Gerechte* Finanzierungsmöglichkeiten für Schüler aus finanziell schwierigen Verhältnissen.

Unsere Ziele für Schulen in freier Trägerschaft

970 3.18. Die Elternmitwirkungsverordnung muss gelten

Wir fordern, dass das Gesetz über die Schulen in freier Trägerschaft so angepasst wird, dass die Elternmitwirkungsverordnung des Schulgesetzes analog gilt.

975 Die Elternmitwirkung ist ein wichtiger Grundbaustein in der Bildungs- und Erziehungspartnerschaft zwischen Familien und Schulen. Dadurch ist die Repräsentation des Elternwillens abgesichert und es bestehen Regeln in der Zusammenarbeit mit Schulleitungen, in Klassen und gegenüber Schulträgern. Die Regeln gelten aber für Schulen in freier Trägerschaft nur beschränkt oder gar nicht. Dadurch besteht eine Gerechtigkeitslücke. Die Elternmitwirkungsverordnung muss daher analog auch für Schulen im Geltungsbereich der freien Träger gelten.

Forderung für alle Schulformen:

980 3.19. Wir fordern in allen Schulen mindestens eine Lehrkraft mit förderpädagogischer Ausbildung

Der Anteil an förderbedürftigen Kindern steigt z.B. in Leipzig kontinuierlich an. (https://geoportal.leipzig.de/arcgis/apps/experiencebuilder/experience/?id=1114e76854654b1fbf87a8a6d6eb99be&page=page_10). Es gibt zudem einen Anspruch auf inklusive Beschulung. Aktuell werden inklusiver Unterricht als auch förderpädagogische Maßnahmen durch den massiven Personal- und Ressourcenmangel nur unzureichend umgesetzt und zum Teil zweckentfremdet zum Löcher stopfen genutzt. Die Herausforderungen an Grund- und weiterführenden Schulen im sozialen Bereich steigen. Integration, Inklusion und Förderangebote stellen eine zunehmende Kompetenz dar, die geleistet werden muss. Oftmals haben Lehrer*innen keine oder nur unzureichende Kompetenzen in diesen Bereichen in Ihrer Ausbildung vermittelt bekommen. Auf der anderen Seite gibt es förderpädagogisch ausgebildete Lehrkräfte, die hohe Kompetenz im Bereich der Erarbeitung von Förderplänen, Methodiken und Konzepte besitzen.

Wir fordern deshalb:

- In jeder Schule mindestens eine förderpädagogische Lehrkraft, die als Multiplikator, Vermittler und Unterstützer dienen kann
 - Die Förderlehrkraft hat Freistunden zur Unterstützung, Weiterbildung von Kolleg*innen
- 995

- inklusive, integrative und förderpädagogische Inhalte verstärkt in die Ausbildung aufnehmen
- Weiterbildungen für Lehrer*innen
- Poollösungen von Förderschullehrer*innen, die in speziellen Situationen unterstützen und anleiten können

3.20. Wir fordern Schulsozialarbeit in allen Schulformen ins Schulgesetz

Der Förderbedarf bei Kindern steigt kontinuierlich an. In einer Stadt wie Leipzig ist in sehr vielen Grundschulklassen mindestens ein Kind mit einem Förderbedarf entweder im sozial-emotionalen Bereich, im Bereich der Lern- oder Sprachförderung. Die Probleme an weiterführenden Schulen im Bereich Drogenkonsum, Schulabbrecher, Leistungsdruck, Schulangst sind schon immer evident, haben sich aber insbesondere nach Corona nochmals deutlich verschärft. Psychische Belastungen betreffen alle Kinder unabhängig von der Schulform. Schulsozialarbeit leistet hierbei einen unersetzlichen Beitrag zum Erlernen von Fähigkeiten, wie man Konflikte löst, Streit gewaltfrei beendet und respektvoll miteinander umgeht. Durch Angebote wie Soziales Lernen im Unterricht, Sozialtrainings in Kleingruppen und der Durchführung von themenspezifischen Projekttagen wird gezielt an den sozialen Kompetenzen der Schüler gearbeitet und ein friedliches Miteinander in der Schule gefördert. Mit gestärkten sozialen Kompetenzen können sich die Schüler wiederum besser auf den Fachunterricht konzentrieren.

Wir fordern deshalb:

- Schulsozialarbeit an **ALLEN** Schulformen ins Schulgesetz
- Den kontinuierlichen und planungssicheren Ausbau der Sozialarbeiterstellen
- Entlastung der Kommunen bis zur Übernahme durch das Land
- Förderung und Unterstützung ergänzender sozialer Angebote im sozialen Raum
- Zielgerichtete Erhöhung der Unterstützung von Brennpunktschulen mit mehr als einer Sozialarbeiterstelle

3.21. Wir fordern eine Stärkung und Unterstützung von Schüler- und Elternbeteiligung an Schule und den Ausbau demokratischer Lehr- und Lernformen

Die Grundlage unserer Gesellschaft ist ein demokratisches Gemeinwesen. Nun ist der Begriff Demokratie zunächst ein Gefäß, welches es mit Leben zu füllen gilt. Ein einfacher Demokratiestandard kann sein: „In welchem Maße beeinflussen die pol. Präferenzen und Überzeugungen einer Mehrheit [auch an Schule] tatsächlich die Politik [oder die Handlungsmaximen]“ (Quelle „Perspective in Politics“ 12 (2014)). Daraus leiten sich Chancen und Ansprüche auf pol. Mitbestimmung und Gestaltung ab, die aber auch eine Wirksamkeit entfalten müssen und nicht „nur“ als Alibi formalisiert sind. Es entspringt daraus die Notwendigkeit Beteiligung auf Entscheidungsprozesse strukturell zu formalisieren, um ein Selbstwirksamkeitserlebnis bei SuS zu erreichen. Nach Arendt ist jedes Handlungsfeld auch ein politischer Raum. Aufgabe des Bildungssystems muss es daher sein, den Raum und die Zeit in Schule als emanzipierendes Betätigungsfeld zu öffnen und freizuhalten. Konkrete Angebote wie Debattier- bzw. Diskussionsunterricht, Stärkung von Schüler- und Elternmitwirkung, Ehrenamtspraktika, Freiräume schaffen für Engagement (Fridays for Future, Tafeln was auch immer) und dieses auch anleiten. Ein wesentliches Element von Demokratieerleben ist die Erfahrung, dass die eigene Stimme interessiert. Hier wäre eine Feedbackkultur und auch eine Fehlerkultur zu etablieren, die Prozesse hinterfragt und verbessert. Angebote in GTA, mit Sozialpartnern, Stiftungen als begleitend im Unterricht für Schulen bereitgestellt und auch ein verpflichtender Mindestanteil. Denkbar wäre eine feste Stelle für z.B. 5 Schulen als Demokratieassistent*in, die begleitend beim Klassenrat, der Schuldemokratie hilft, Konzepte multipliziert und Schulpartnerschaften, -fahrten organisiert.

Wir fordern:

- Stärkung und Ausbau von Demokratie und Mitbestimmungsformen in Schule
- Schaffung von Angeboten, Möglichkeiten

- Lehrmodelle wie Diskutierunterricht
- Begleitung und Förderung von Praktika im Ehrenamtsbereich
- Freiräume im Lehrplan

1045

- GTA-Angebote
- Demokratieassistent für Schulen zur pädagogischen und organisatorischen Begleitung
- Dialog mit allen Kräften zur Etablierung demokratischer und wirksamkeitsentfaltender Strukturen
- Feedbackkultur

1050

3.22. Wir fordern eine Initiative zur Stärkung der psychischen Gesundheit von Schülerinnen und Schülern und proaktive Angebote für alle Schulen und Lehrkräfte

Zahlreiche Studien zeigten bereits vor CORONA die zunehmende Verschlechterung der psychischen Gesundheit im Bildungssystem (<https://www.sueddeutsche.de/bildung/schule-immer-mehr-schueler-leiden-unter-psychischen-erkrankungen-1.4183166>). Leistungsdruck, Meritokratie und die damit verbundene Abwertung und Geringschätzung von "durchschnittlichen" oder "schwächeren" Leistungen führen zu Angst, Depression, Druck

1055

(Michael Sandell "Vom Ende des Gemeinwohls". Dies wiederum führt auch zu Drogenmissbrauch und Angstdepressionen bei Kindern. CORONA hat dies zusätzlich verschlechtert (<https://ker-leipzig.de/docs/akgs/copsy-studie-corona-und-psyche-zeigt-vor-allem-kinder-und-jugendliche-aus-sozial-schwaecheren-verhaeltnissen-haben-ein-erhoehtes-risiko-fuer-psychische-beschwerden/>).

1060

Die Krisen und Herausforderungen unserer Zeit sind insbesondere für die jüngere Generation eine Belastung und mentale Herausforderung. Wie die Studie der Vodafone-Stiftung zeigt (<https://ker-leipzig.de/docs/ker-allg/studie-der-vodafone-stiftung-86-prozent-der-jungen-menschen-in-deutschland-machen-sich-sorgen-um-ihre-zukunft/>), sind viele Kinder besorgt und mental angespannt.

1065

Die Bundesregierung hat eine Initiative zur besseren Wahrnehmung und Vernetzung von Angeboten zur psychischen Gesundheit gestartet (<https://bvpraevention.de/cms/index.asp?inst=newbv&snr=13520&t=Informationen+zur+Initiative+erhalten+S+ie+hier%2E>) Das Problem zu benennen und anzuerkennen ist der erste wichtige Schritt. Konkrete Maßnahmen zum Schutz, zur Prävention und zur Behandlung anzubieten, muss daraus folgen.

Wir fordern deshalb:

1070

- Eine Initiative zur Stärkung der psychischen und mentalen Gesundheit der Schülerinnen und Schüler
- Einen runden Tisch zur Erarbeitung von Konzepten insbesondere unter Einbeziehung der SuS-Vertreter
- Hinterfragen des Noten- und Leistungsdruckes

1075

- Niederschwellige Angebote in und um Schule zur psychischen Diagnose und Gesundheit
- "Pupil-welfare-Teams" an Schulen zur Früherkennung und Diagnose psychischer Problemen
- Verpflichtende Weiterbildungen und Schulungen für Lehrer*innen zur Mobbingprävention und gewaltfreien Kommunikation
- Schulsozialarbeit an allen Schulen

1080

Schwerpunkt 4:

Zukunft der Bildungsgerechtigkeit

So gelingt ein gerechtes Bildungswesen

4.1. Wir fordern den Ausbau und die Evaluierung der frühkindlichen Bildung mit einer engeren Verzahnung von KiTa und Schule

- 1085 Deutschland und auch Sachsen sind in Bezug auf die Verknüpfung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg auf den letzten Plätzen weltweit. Dies mahnt wiederholt die OECD an. Ein ganz erheblicher Teil des „Rückstandes“ von Kindern in bildungsfernen Haushalten ist bereits zur Einschulung vorhanden. Die Kernaufgabe des Bildungssystems sollte eine kompensatorische und ausgleichende Funktion sein. Eine Vielzahl von Ländern (Finnland, Dänemark, Frankreich) haben ein Pflichtvorschuljahr. Deshalb ist eine starke, mit Ressourcen ausgestattete frühkindliche Bildung und Förderung von Vorschulkindern unerlässlich.
- 1090

Wir fordern folgende Maßnahmen:

- Absenkung des Betreuungsschlüssels in KiTas
- Pädagogische Vorschulbildung in dem letzten KiTa Jahr unter Einbeziehung von GS-Lehrer*innen der Schulbezirksschulen (Umsetzung der gesetzlichen Regelung)
- 1095 • Evaluation der pädagogischen Arbeit (Setzen von Standards)
- Bessere Verzahnung und Austausch von KiTa und Grundschule, um Kinder mit Förderbedarf bereits zur 1sten Klasse gut zu begleiten und zu fördern
- Anreizsysteme zum besseren Erreichen von Kindern (insbesondere aus Migrationsfamilien, sozial benachteiligten Familien)
- 1100 • Eine Zusammenlegung von KiTa und Schule im Kultusministerium

4.2. Wir fordern ein Ende der Selektierung von Schülerinnen und Schüler zur 4ten Klasse

- Das deutsche Schulsystem ist in seinen Grundstrukturen aus der Kaiserzeit und diskriminiert systematisch nach Herkunft und sozialem Habitus. Das Gymnasium als Schulform wird deutlich herausgehoben finanziert und gefördert (siehe Piketty). Die [IGLU-Studie](#) zeigt, dass die Wahrscheinlichkeit einer Gymnasialempfehlung bei identischen Leistungen bei Lesekompetenz und kognitiven Fähigkeiten 3,2mal höher ist für Kinder aus den 2 höchsten Dienstleistungsgruppen im Vergleich zu Kindern aus den als „Working Class“ klassifizierten Gruppen. Dies stieg sogar von 2000 zu 2016 von 2,4 auf 3,2. Hinzu kommt nun noch Corona. Gleiche Ergebnisse konnten in der LAU-Studie in Hamburg erzielt werden und eine Studie in Wiesbaden unterstreicht, dass bei einer Note von 2,5 Kinder aus einem gebildeten Haushalt zu 70% eine Empfehlung fürs Gymnasium bekommen. Aus bildungsfernen Haushalten zu „nur“ 20%. Verschärft wird dies zusätzlich dadurch, dass bildungsnahe Haushalte nach oben ausweichen (also unabhängig von der Empfehlung für das Gymnasium entscheiden) und bildungsferne Haushalte sich an die Empfehlung halten oder nach unten abweichen. Nahezu alle entwickelten Länder haben eine Schule für alle bis > Klassenstufe 6. Wir sollten uns hier an den erfolgreichen PISA-Ländern Finnland und Kanada orientieren.
- 1105
- 1110

1115 Wir fordern deshalb:

- Gemeinsames Lernen mind. bis Klasse 6
- Stärkere Förderung und Unterstützung von bildungsfernen Kindern zum Übergang von Primär- in Sekundärbereich
- Bildung immer unter klassistischen Gesichtspunkten zu betrachten und kompensatorisch auszugleichen
- 1120 • Perspektivisch ein Ende des mehrgliedrigen Schulsystems, wie bereits von den Alliierten nach dem zweiten Weltkrieg eingefordert

4.3. Wir fordern einen runden Tisch zur Überarbeitung der Lehrpläne und des Curriculum in allen Schulformen

- 1125 Neben den Herausforderungen aber auch Möglichkeiten der modernen medialen Welt sind insbesondere Erfahrungen aus freien Schulen, Projektschulen (siehe Schule im Aufbruch) und projektorientierten Lernformen aber auch die psychosozialen Belastungen bei SuS mit den aktuellen Lern- und Belastungsformen ein Anlass

kritisch zu hinterfragen, welche Lerninhalte, Lernformen und schulpolitischen Ziele unser Bildungssystem erfüllen bzw. beinhalten soll.

- 1130 Medienkompetenz (und das erste und wichtigste Medium ist die Sprache), das eigenständige, kritische Erarbeiten von Wissensinhalten (die heute beliebig verfügbar sind), die BNE-Ziele müssen Inhalt sein.

Der Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schule wird bestimmt durch das Recht eines jeden jungen Menschen auf eine seinen Fähigkeiten und Neigungen entsprechende Erziehung und Bildung ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage.

- 1135 *Die schulische Bildung soll zur Entfaltung der Persönlichkeit der Schüler in der Gemeinschaft beitragen. Diesen Auftrag erfüllt die Schule, indem sie Kenntnisse, Fähigkeiten und Werthaltungen vermittelt, um so die Erziehungs- und Bildungsziele zu erreichen und Freude am Lernen zu wecken.*

Quelle: [§ 1 Abs. 2, 3 Sächsisches Schulgesetz](#)

- 1140 Amartya Sen entwickelt in seinem Werk „Eine Idee der Gerechtigkeit“ einen Fähigkeitenansatz, in welchem jedes Kind Fähigkeiten erlernen soll, welches ihm ermöglicht ein menschenwürdiges, selbstbestimmtes Leben zu führen. Michael Sandel weist in seinem Werk „Vom Ende des Gemeinwohls“ auf die kritische Implikation einer meritokratischen „nur“ leistungsbasierten Gesellschafterzählung hin.

Wir fordern:

- 1145
- Einen breiten runden Tisch mit Wissenschaft, Experten, SuS, Lehrer*innenvertreter, Elternvertretern etc. zur Überarbeitung der Lehrpläne
 - Die Integration der BNE-Ziele in die Lehrpläne [<https://sdg-indikatoren.de/4/>]
 - Die Implementierung moderner Lernformen

4.4. Wir fordern eine Evaluierung und Hinterfragung der Benotung von Sport-, Musik- und Kunstunterricht in Regelschulen ohne Schwerpunktsetzung

- 1150 Die Förderung von z.B. Bewegung, Spaß an Musik oder freier künstlerischer Entfaltung sollte das oberste Ziel des Sport- Musik und Kunstunterricht sein. Eine Benotung nach festen Kriterien dient hierbei eher als „Bestrafung“ oder „Belohnung“ von Talent als Ansporn. Es kann aus unserer Sicht eine Bewertung der individuellen Leistungen der Kinder unter motivierenden Gesichtspunkten geben aber keine Schulnote von 1-6. Wir erkennen aber an, dass Schulen mit pädagogischem Schwerpunkt in einem der Fächer Musik, Sport, Kunst,
- 1155 wie beispielsweise Sportschulen oder Schulen mit musikalischer oder künstlerischer Vertiefung hier weiterhin eine Benotung benötigen. Entscheiden sich Schülerinnen und Schüler jedoch bewusst für eine dieser Schulen, ist eine Benotung weiterhin durchführbar. Unser Anliegen zielt eher auf Schülerinnen und Schüler in Regelschulen für die als pädagogische Zielstellung die Vermittlung von Freude am Fach, Neugier und Spaß beim Entfalten sein sollte ohne "Leistungszwang" und Notendruck.

1160 Wir fordern:

- Ende der Schulnoten für Kunst-, Sport-, Musikunterricht in Regelschulen ohne spezielle Vertiefung
- Überarbeitung der Zielsetzung der drei Fächer mit dem Kernziel Kinder für Bewegung, Musik und Kreativität zu begeistern

- 1165 Öffnung von Schule für externe Kräfte. Sportunterricht kann von Trainer*innen aus Vereinen, Musik von Musikpädagogen und Kunst von Künstler*innen und Künstlern unterstützt und begleitet werden. Vielfalt, Projektarbeiten, offene Lernformen sollten hier Lust und Spaß an den Fächern schaffen.

4.5. Wir fordern die Öffnung des Systems Schule für andere Berufs- und Lerngruppen und den Einsatz multiprofessioneller Teams in Schule

- 1170 Die Kernaufgabe einer Lehrkraft sollte die Vermittlung von Fähigkeiten und Basiswissen sowie die Hilfestellung bei der Persönlichkeitsentwicklung der Schülerinnen und Schüler darstellen. In den vergangenen Jahren sind jedoch die Aufgaben von Lehrer*innen deutlich diversere und vielfältiger geworden. Vom halben Sozialarbeiter über den TechniksUPPORT hin zur Zusatzputzkraft auf Grund fehlender Ressourcen. Hier braucht das System Schule eine Veränderung und Öffnung.
- 1175 Das Angebot des "StartTrainings" in Leipzig ist ein hervorragendes Instrument und wird von allen positiv bewertet. Student*innen unterstützen in Klasse 1 und Klasse 5 im Unterricht, sammeln Praxiserfahrung, bekommen einen Einblick in den Alltag und sind eine Hilfe für Lehrer*innen. Zielstellung muss sein dieses Angebote an allen Schulen in allen Starterklassen verpflichtend zu integrieren. Student*innen sollten diese Leistung als Anrechnung im Referendariat oder als Praktikum anerkannt bekommen, um so die Attraktivität zu steigern. Aktuell wird dieses tolle Angebot aus den GTA-Mitteln der Schule getragen, schränkt aber auf Grund der nicht unwesentlichen Kosten das GTA-Budget stark ein. Wir fordern deshalb dieses Angebot aus Landesmitteln zu bezahlen und so den Schulen den Spielraum im Bereich GTA wiederzugeben. Das StartTraining hat im Zuge der Maßnahmen zum "Aufholen nach Corona" seine große Bedeutung unter Beweis stellen können. Es sollte der Anspruch sein ein derartiges Programm breit und flächendeckend aus Landesmitteln auszurollen.
- 1180
- 1185 Aus unserer Sicht ist zudem der Ausbau des FSJ ein wichtiger Baustein insbesondere in Grundschulen. Wie bereits im Dezember 2022 veröffentlicht (<https://ker-leipzig.de/2022/12/ler-forderung-ausbau-der-fsj-paedagogik-an-saechsischen-schulen/>) bietet dies Vorteile:
- Es ermöglicht jungen Menschen eine praxisnahe Berufsorientierung mit Blick auf ein Lehramtsstudium oder einen pädagogischen Berufswunsch. Die Jugendlichen wissen, aus den selbst gemachten Erfahrung, besser was sie erwartet und sie können sich bewusster für einen pädagogischen Beruf entscheiden.
 - Die FSJ'ler helfen in Schule ganz konkret. Sie können Lehrkräfte unterstützen, bei Projekten mitwirken und sich in den Schulalltag einbringen.
 - Eine praktische Erfahrung im Schulalltag vor dem Studium reduziert die Zahl an Studienabbrechern, wo Studenten regelmäßig nach dem ersten Praktikum feststellen, dass sie die falsche Wahl getroffen haben.
- 1190
- 1195

Wir fordern deshalb:

- Aufstockung von Ressourcen im organisatorischen und unterstützenden Bereich
 - Eine ergänzende Schulleitung neben der pädagogisch Verantwortlichen für Ausstattung, Material, Verwaltung (diese kann auch als Kraft für 2-3 Schulen eingesetzt werden)
 - Schulassistenten in allen Schulen
 - Professioneller und schnell verfügbarer TechniksUPPORT im Zuge der zunehmenden Digitalisierung
 - Reinigungskräfte tagsüber unterstützend in Schulen mit Ganztagsangebot
 - Personal z.B. zur Schwimmbegleitung
 - finanziert aus Mitteln des kommunalen Länderausgleichs
 - Arbeit von multiprofessionellen Teams an Schule
 - Schulsozialarbeit an allen Schulen
- 1200
- 1205
- 1210
- Schulkrankenschwestern an Schule (siehe Beitrag [logo Kindernachrichten 04.03.2023](#))
 - Einbindung von Psychologen, Kinderärzten
 - Öffnung der Schule für Musikpädagog*innen, Sporttrainer*innen, Künstler*innen

- 1215
 - Lernmodelle mit Berufsprofis aus den Fachbereichen (Projektwochen, Mentoringprogrammen, Projektpädagogik)
 - Einstellung von Integrationsassistenten zur Förderung der Integration (mehrsprachig, Kenntnisse verschiedener Kulturkreise)
- 1220
 - Finanzielle Unterstützung und strukturelle Erleichterung von GTA-Angeboten
 - StartTraining in allen Schulen für die Klassen 1 und 5 aus Landesgeldern und nicht aus GTA Mitteln
 - Die Anrechnung des StartTrainings als Praktikum oder im Referendariat
 - Weiterführen von „Aufholen nach Corona“ mind. bis 2026
 - Ausbau der FSJ Angebote und Mentoring für Interessierte

So gelingt eine gerechte Schulorganisation

- 1225 4.6. Festgeschriebene Klassenleiterstunden, um die grundlegenden Dinge zwischen Klasse und Klassenleiter zu regeln.
- 4.7. Mehr Fachkräfte mit Verwaltungskompetenz; Wir fordern, mehr Fachkräfte mit Verwaltungskompetenz in die Schulen zu holen.
- 1230 Die reinen Verwaltungstätigkeiten in den Schulen müssen in die Hände von Schulverwaltungsangestellten (wie auch immer bezeichnet) gelegt werden, um den Lehrerinnen und Lehrern in den entsprechenden Positionen wieder ein Arbeiten in ihrem eigentlichen Aufgabengebiet zu ermöglichen.
- Generell sollte die Struktur Schule überdacht werden. Das in sich verschachtelte System der Zugehörigkeiten zu dem oder dem oder dem hemmt mehr, als das es hilft. Hier muss grundsätzlich über eine nachvollziehbare und arbeitsfähigere Struktur nachgedacht werden.
- 1235 4.8. Medienkompetenz und digitale Bildung; Wir fordern einen stärkeren Fokus auf Medienkompetenz und digitale Bildung
- Das Digitale ersetzt nicht den Dialog, der Dialog ist, um Entwicklung zu vollziehen, grundlegend.
- Im Digitalen ist keine Kommunikation von Auge zu Auge möglich. Unser Körper besteht aus Sinnesorganen und ist der entscheidende Teil des Kommunikationsprozesses. Unser Körper ist der Erfahrungsraum, er wird ausgeschlossen im Digitalen.
- 1240 Im Digitalen entstehen keine kollaborativen Prozesse. Schule ist gekennzeichnet durch Wohlbefinden, Schulkultur und Selbstwirksamkeit, all dies ist nicht in der Virtualität erfahrbar und aufbaubar. Genau das brauchen aber Lernende wie Lehrende, um es in der Schule zu leben, zu vermitteln und aufzubauen. Schüler wie Lehrer sind keine Maschinen und sie werden sich nicht über maschinelles Lernen entwickeln.
- 1245 Digitale Infrastruktur rationalisiert, effektiviert und archiviert. Damit kann sie bei Vertiefungsprozessen nützlich werden.
- Eine verbindliche Schulung von Medienkompetenzen sowohl für Schüler und Lehrer (und im Idealfall auch für die Eltern) ist eine Grundvoraussetzung.
- 1250 4.9. Wir fordern eine begleitete, evaluierte und ständig weiterentwickelte Medienkompetenz- und Demokratieerziehung an Schule
- Im Zuge des Digitalpaktes sollten Schulen Medienkonzepte entwickeln. Dies ist an wenigen Schulen toll gelungen und an den meisten eine Alibiveranstaltung geblieben. Die Verantwortung haben die Landesverantwortlichen an die Schulen abgegeben, was zur Folge hat, dass es vereinzelt Schulen mit engagierten Lehrkräften und Eltern

1255 gibt, die vorbildliche Konzepte umsetzen und Medien- und Demokratieerziehung vorleben. In vielen anderen Schulen ist keine signifikante oder zielführende Medienerziehung vorhanden. Andere Länder machen es uns vor mit klar formulierten Zielen, begleitenden Stellen und Evaluationen der Zielstellungen. Medienkompetenz beginnt bei der Sprache als dem ersten und wichtigsten Medium. Gewaltfreie Kommunikation, Diskussionstraining, Umgang untereinander oder Wirkung von Hate-Speech sind alles bereits Grundelemente von Medienbildung ganz ohne „Digital“.

1260 Wir fordern:

- Ein Curriculum für Medienkompetenz und Demokratieerziehung unter Einbindung vorbildlicher Modelle an Schulen und wissenschaftlicher Expertise
 - Unterstützung und Begleitung von allen Schulen
-
- Regelmäßige Evaluation und Überprüfung der Ziele
 - 1265 • Weiterbildungsinitiative und offene Lern- und Lehrformen, die die zum Teil größeren Kompetenzen der SuS gegenüber der Lehrer*innen berücksichtigt
 - Verpflichtende Mindestangebote an allen Schulen